

Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 3/2025



Illegale Rüstung

Die geheimen Projekte der Reichswehr

Stoßtrupptaktik

Zwischen Innovation und Mythos

»Bandenbekämpfung«

Verstrickungen der deutschen Polizei

Der Nahostkonflikt

Die Geschichte einer krisenreichen Region



ZMS BW
Zentrum für Militär- und Sozialwissenschaft der Bundeswehr

1 2 3 4 5
 A I H
 I O P
 I E N
 ' 8 4
 8 5



**HUNGER
HILFE
KALTER
KRIEG**

ረሃብ
እርዳታ
ቀዝቃዛ
ጦርነት



**MILITÄR
HISTORISCHES
MUSEUM**
Flugplatz Berlin-Gatow

AUSSTELLUNG
18.7. – 14.12.2025
MHM-GATOW.DE



BUNDESWEHR

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 20. März 2025 habe ich das Kommando über das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr von Oberst Dr. Sven Lange und damit zugleich die Mitherausgeberschaft dieser Zeitschrift übernommen. Ich danke meinem Vorgänger und dem gesamten Redaktionsteam für die vorzügliche Arbeit in den letzten Jahren. Die **Militärgeschichte** dient der historischen Bildung, macht neue Erkenntnisse einem breiten Publikum zugänglich und findet seit Jahrzehnten eine interessierte Leserschaft innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Diese erfolgreiche Arbeit möchte ich fortsetzen.

Manchmal werden wir Historiker davon überrascht, wie schnell vergangene Ereignisse wieder an Aktualität gewinnen können und die Geschichte uns praktisch überholt. Das Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe, den Nahostkonflikt, hatten wir lange vor der gegenwärtigen Eskalation festgelegt. Anlass, diesen »hundertjährigen Konflikt« näher zu beleuchten, war der mörderische Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Doch kurz vor Drucklegung dieses Heftes wurde bereits ein neues Kapitel in der Konfrontation aufgeschlagen. Israel griff im Juni 2025 den Iran an und erhielt Unterstützung von den Vereinigten Staaten von Amerika, um die iranischen Atomanlagen zu zerstören. Die Führung in Teheran spricht Israel seit Langem das Existenzrecht ab. Daher wäre eine iranische Atombombe Israels schlimmster Albtraum. Wie es im Nahen Osten jetzt weitergeht, ist unklar. Folgt nun eine weitere militärische Eskalation? Oder vielleicht genau das Gegenteil, eine »Zeitenwende Nahost«? Die Beantwortung dieser Fragen liegt noch in der Zukunft.

Doch was wir an dieser Stelle unternehmen können, ist ein Blick zurück in die Geschichte des Nahostkonflikts. Auf diese Weise entdeckt man weit in die Vergangenheit zurückreichende Handlungsmuster und Interessenlagen, deren Kenntnis dabei hilft, die aktuellen Ereignisse besser einordnen und verstehen zu können.

Neben dieser stark an der Gegenwart orientierten Fragestellung bietet diese Ausgabe der **Militärgeschichte** Einblicke in weitere spannende Themen: Es geht um die geheime Rüstung der Reichswehr, die Bedeutung der »Bandenbekämpfung« in der Polizei und das Stoßtrupppverfahren, das den Stellungskrieg im Ersten Weltkrieg überwinden helfen sollte. Das Verfahren können Sie sich auch in unserem neuen Videoformat anschauen – den QR-Code finden Sie im Heft (S. 26).

Unseren Leserinnen und Lesern wünsche ich eine spannende Lektüre.

Dr. Frank Hagemann
Oberst und Kommandeur
des Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

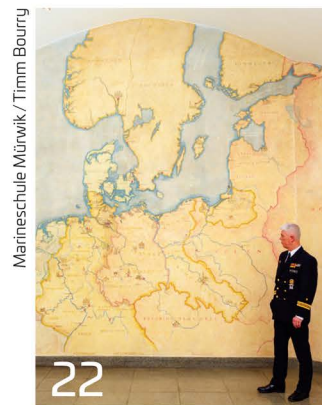


Wedhorn/Karlheinz

Militärsgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung



Geheimprojekte: Forscher wie Rudolf Nebel (li.) und Wernher von Braun (re.) trugen zur Aufrüstung in Weimar bei.



Ahistorisch? Die Karte in der Marineschule transportiert alte Geschichtsbilder.

picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Hatem Ali



Eskalation: Der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 ist Teil der weit zurückreichenden Krisenhistorie des Nahen Ostens.



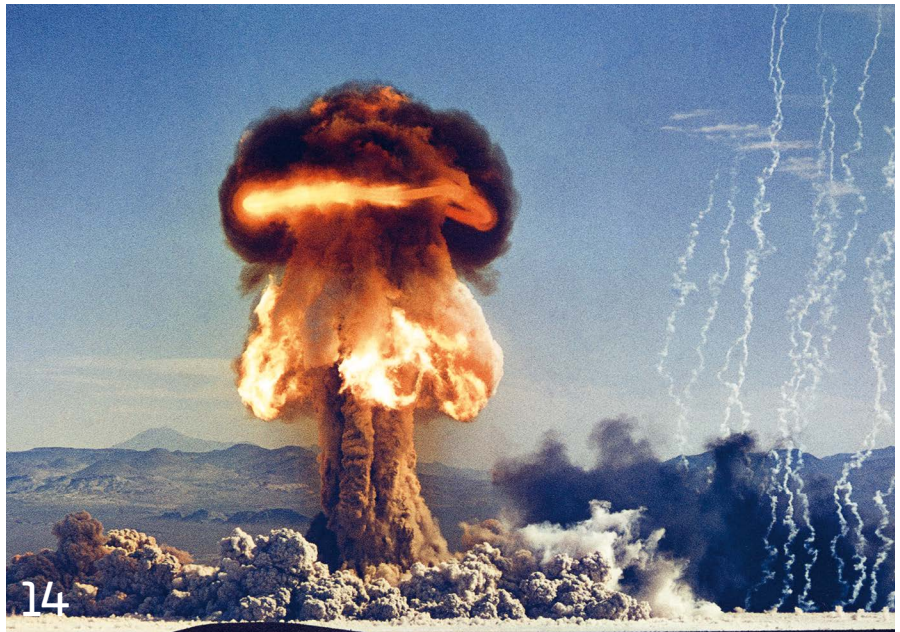
Teil des Regimes: Die deutsche Polizei war an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt.



Wundermittel? Die Stoßtrupptaktik sollte die festgefahrenen Fronten des Ersten Weltkrieges wieder in Bewegung bringen.

BArch, Bild 146-1974-132-26A / o. Ang.

Symbol des Schreckens:
Die sog. mushroom cloud
(»Atompilz«) bildet sich bei der
Explosion nuklearer Spreng-
sätze, hier 1953 beim Test eines
atomaren Artilleriegeschosses
in der Wüste von Nevada. Sie
stand für viele symbolisch für
die neue Zerstörungskraft, die
mit diesen Waffen einherging.



akg-images / SCIENCE PHOTO LIBRARY

Inhalt 3/2025

6 INTERNATIONALE MILITÄRGESCHICHTE

Kriege in Nahost

Die Konfrontation zwischen Israel und seinen Gegnern von 1948 bis heute

14 IM BLICKPUNKT

Atomwaffen

16 WEIMARER REPUBLIK

Vorbereitung auf einen neuen Krieg?

Die geheime Aufrüstung der Reichswehr

22 MILITÄRGESCHICHTE IM BILD

Die Deutschlandkarte in der Marineschule Mürwik

24 ERSTER WELTKRIEG

Feuer und Bewegung

Deutsche Stoßtruppen im Ersten Weltkrieg

28 GESCHICHTE KOMPAKT

Hungersnot in Äthiopien | 1985

Ferdinand Sauerbruch | 1975

2+4-Vertrag | 1990

30 BEWAFFNETE KRÄFTE

»Bandenkampf«

Deutsche Polizei im militärischen Einsatz

34 SERVICE

Bücher | Medien

Ausstellungen | Der besondere Tipp

Impressum

Coverbild: Israelische Soldaten nehmen während des sog. Jom-Kippur-Krieges 1973 syrische Stellungen unter Feuer.
picture-alliance / dpa | UPI

Kriege in Nahost

Die Konfrontation zwischen Israel und seinen Gegnern von 1948 bis heute

Der Nahostkonflikt ist aktueller denn je, hat aber eine lange zurückreichende Geschichte. Seit über 100 Jahren wird die Region immer wieder von Gewaltausbrüchen und Kriegen erschüttert. Es vermengen sich komplexe Interessenslagen unterschiedlichster Staaten und Gruppierungen. Der »7. Oktober« ist dabei ein, gleichwohl nicht das einzige zentrale Datum dieses Konflikts.

Von Armin Wagner

Der Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 war der an Menschenleben verlustreichste Tag in der Geschichte des Judentums seit der Shoah. So wie die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA unter dem Kürzel »9/11« verschlagwortet werden, wird von den Ereignissen vor bald zwei Jahren häufig als »10/7« gesprochen. Für die an Terror und Vergeltung über Jahrzehnte gewöhnte Region waren Umfang und Brutalität dieser Aktion ebenso neu wie der folgende israelische Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen und später gegen die Hisbollah im Libanon. Zum ersten Mal seit dem Jom-Kippur-Krieg 1973 rief Israel offiziell den Kriegszustand aus.

Die Ursprünge des Nahostkonflikts reichen gut 100 Jahre zurück. Seit dieser Zeit war es im mit Mandat des Völkerbundes von Großbritannien verwalteten Gebiet Palästina immer wieder zu Gewaltausbrüchen zwischen Juden und Arabern gekommen. Trotz ethnischer

Spannungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen und dem sowohl religiös fundierten als auch ideologisch begründeten Konflikt zwischen Islam und säkulaarem Zionismus handelte es sich im Kern um einen Territorialkonflikt.

Dessen Ursachen lagen demografisch in der zunehmenden Einwanderung von Juden aus Europa, vor allem aus Osteuropa und Russland, nachdem es dort seit den 1880er-Jahren zu Pogromen gegen diese Bevölkerungsgruppe gekommen war und außerdem ein politisches (nicht religiöses) Bewusstsein über die Zugehörigkeit zu einer Gruppe entstand: der sogenannte Zionismus. Gleichzeitig verfolgte die britische Regierung während des Ersten Weltkrieges eine Politik, die sowohl dem jüdischen Volk als auch den arabischen Herrschern in der Region Land auf demselben Territorium versprach.

Fast zwangsläufig kollidierten die Interessen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung in den 1920er- und 1930er-

Jahren auch gewaltsam. Jüdische Untergrundgruppen kämpften unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg darüber hinaus gegen die britische Mandatsmacht.

Die Gründung Israels

1947 beschloss die UNO-Vollversammlung schließlich einen Teilungsplan für das bisherige britische Mandatsgebiet und die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates. Die arabischen Nachbarländer lehnten den Plan ab, was am Ergebnis nichts änderte: 1948 wurde der neue Staat Israel gegründet. Unmittelbar nach seiner Ausrufung begann im Mai 1948 der Angriff Ägyptens, Syriens, Transjordaniens und des Irak gegen das junge Land.

Dessen geostrategische Lage – entlang der südöstlichen Mittelmeerküste schmal von Nord nach Süd verlaufend, an der engsten Stelle nur ungefähr 15 Kilometer breit – war denkbar ungünstig. Dass



picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Hatem Ali

Terror: Nach dem gewaltsamen Überfall am 7. Oktober 2023 entführen Hamas-Terroristen Noa Argamani und 250 weitere Menschen aus Israel in den Gazastreifen. Am 8. Juni 2024 konnte sie im Rahmen einer Militäroperation befreit werden.

Israel sich in seinem Staatsgründungskrieg dennoch durchsetzen konnte, lag an der Mobilisierung großer Teile der jüdischen Bevölkerung, an strategischer

Beweglichkeit und an der militärischen Kontrolle des Raumes. Am Ende dieses Krieges hatte Israel sein Territorium auf Kosten der im UN-Plan von 1947 den

Arabern zugesprochenen Gebiete verdreifacht – mit einer gravierenden Ausnahme: Arabische Truppen konnten den Ostteil Jerusalems erfolgreich verteidigen, die Stadt wurde geteilt und die Altstadt mit der Klagemauer als wichtigstem jüdischen Heiligtum fiel an das Königreich Transjordanien (seit 1950: Jordanien). Da Jordanien nun das zuvor zum britischen Mandatsgebiet gehörende Westjordanland (international: die Westbank) annektierte und Ägypten den Gazastreifen besetzte, entfielen die territorialen Grundlagen für einen eigenständigen palästinensischen Staat. 700 000 bis 750 000 Araber flohen zugleich aus dem neuen Staat Israel oder wurden von dort vertrieben.

Für die auf Jahrzehnte in Flüchtlingslager der Nachbarländer Verbannten sollte die »Nakba« (arab. »Katastrophe«) zu einem bis heute die Feindschaft gegenüber Israel prägenden Motiv werden.

Palästina

Ist geografisch gesehen die an der Südostküste des Mittelmeeres gelegene Region zwischen den Jordanquellen im Norden, dem Sinai im Süden, dem Mittelmeer im Westen und der arabisch-syrischen Wüste im Osten. Sprachlich lassen sich Vorläufer des Namens in altägyptischen und assyrischen Quellen finden, bevor er ins Griechische und dann ins Lateinische (Palaestina) übertragen wurde. Zeitgleiche altorientalische Quellen bezeichnen die Region als Kanaan. Für einzelne Gebiete sind weitere Bezeichnungen überliefert und werden im Hebräischen benutzt: Judäa (heute geografisch das Westjordanland), Galiläa (Nordisrael) und Samaria (Zentralisrael). Der latinisierte Name Palästina geriet in islamischer Zeit in Vergessenheit. Ausgerechnet die säkulare jüdische Bewegung des Zionismus griff Ende des 19. Jahrhunderts auf ihn zurück, weil sie für ihre angestrebte Heimstatt religiöse Bezeichnungen wie »Heiliges Land« vermeiden wollte. Zu einer Identifikation als »Palästinenser« kam es unter den dort lebenden Arabern aber erst nach der Gründung des Staates Israel. Die PLO erklärte Palästina zum (unteilbaren) Heimatland seiner arabischen Einwohner, während die Israelis die uralte Bezeichnung von Eretz Jisra'el (»Land Israel«) anstelle von Palästina nutzen.

Und dennoch: Heute leben knapp 2,1 Millionen Araber in Israel, jeder fünfte Einwohner hat arabische Wurzeln und davon sind ungefähr zwei Drittel Muslime. Es sind die Nachkommen der 1948 in Israel verbliebenen Menschen dieser Bevölkerungsgruppe. Die arabischen Staaten zwischen Nil und Golf waren ihrerseits politisch nicht gewillt oder nicht in der Lage, die Geflüchteten langfristig in ihre Bevölkerung zu integrieren.

Zwischenstaatliche Kriege

Im Zeitraum zwischen 1948 und 1982 fanden in der Region fünf Kriege statt, in denen bis Mitte der 1970er-Jahre vorrangig Ägypten und daneben auch Jordanien, Syrien und der Irak die wichtigsten staatlichen Gegner Israels darstellten. Im Suezkrieg 1956 zielte Israel auf die Öffnung der von Ägypten gesperrten Seestraße von Tiran zum Roten Meer und damit einen freien Zugang zum Indischen Ozean. Besondere Bedeutung besaßen der Sechstagekrieg im Juni 1967 und der Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973: Ersterer geopolitisch, Letzterer militärisch. Denn im präventiv geführten Sechstagekrieg eroberte Israel

die Sinai-Halbinsel und den Gazastreifen von Ägypten, das Westjordanland und Ost-Jerusalem von Jordanien und die Golanhöhen von Syrien. Syrische Artillerie konnte diese nun nicht mehr dazu nutzen, fast die ganze nördliche Hälfte Israels zu beschießen.

Mit dem eindrucksvollen und geopolitisch bedeutsamen Sieg lud sich Israel jedoch langfristig ein gewaltiges Problem auf: Die eroberten Territorien wurden besetzt oder annektiert, und mit der Ansiedlung von Israelis auf den ursprünglich den Palästinensern zugesprochenen Gebieten entstand eine Quelle ständiger, auch bewaffneter Unruhen. Bis heute hält die Kritik an dieser Besatzungs- und Siedlungspolitik an.

In Teilen der westlichen Öffentlichkeit gilt das Land gerade unter der politischen Linken deshalb als »kolonialistische« Macht, auch wenn es sich im Kontext der europäischen Kolonialpolitik zwischen dem 15. und 20. Jahrhundert um einen historisch fragwürdigen Vergleich handelt. Niemals hat Israel andererseits eine Phase dauerhaften Friedens erlebt, selbst dann nicht, wenn kein offen geführter Krieg herrschte. In militärischer Hinsicht steht dafür beispielhaft der sog. *War of Attrition* (Abnutzungskrieg) zwischen

1967 und 1970, bei dem auf dem Sinai immer wieder Angriffe von der ägyptischen Seite des Suezkanals durch Artillerie und Kommandotrups ausgingen, auf die der jüdische Staat seinerseits mit Angriffen durch Kommandos und Schläge der Luftwaffe antwortete.

Obwohl also kein verlässlicher Frieden herrschte, ließ sich Israel dennoch am 6. Oktober 1973 durch Ägypten und Syrien überraschen: Der Angriff am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, bei dem die Ägypter über den Suezkanal auf dessen östliches Ufer vordrangen, verlief anfangs erfolgreicher als selbst von Kairo vorab erwartet.

Auch wenn die Geländegewinne von den Angreifern nicht gehalten werden konnten und die unvorbereitete, aber in den Mechanismen der Mobilmachung eingespielte israelische Armee (Zahal, auch Israel Defense Forces – IDF) letzten Endes militärisch überlegen war: Die arabischen Armeen hatten demonstriert, dass ihr vermeintlich unbesiegbare Gegner ungekannte Schwächen besaß. Der Ausgang des Krieges trug zu einer politischen Annäherung bei, die im März 1979 dank US-amerikanischer Vermittlung im Camp-David-Abkommen unter dem Schlagwort »Land für

ulstein bild – ulstein bild



Kampf um Handlungsspielraum: Im Suezkrieg (1956) als zweitem zwischenstaatlichen Krieg in der Region wollte Israel die Blockade der Straße von Tiran beenden und besetzte auch den Gazastreifen.

Glücklicher Sieg: Der israelische Verteidigungsminister Mosche Dajan (li.) und Generalmajor Ariel Scharon (re.) waren maßgebliche Akteure während des Jom-Kippur-Krieges, Aufnahme vom 18. Oktober 1973.



picture-alliance / dpa

Frieden» zur Rückgabe des Sinai an Ägypten führte.

Doch war dieser Frieden keine Blaupause für den gesamten Nahen Osten, denn die ägyptische Regierung hatte mit Camp David gegen die drei »Nein von Khartum« verstoßen. Schon zwei Monate nach dem Sechstagekrieg nämlich hatte die Arabische Liga in der sudanesischen Hauptstadt für ihr Verhältnis zu Israel kategorisch beschlossen: *no peace, no negotiation, no recognition*. Ägypten wurde für den Bruch der Regeln für zehn Jahre aus der Liga ausgeschlossen, und der ägyptische Staatspräsident Anwar as-Sadat (1918–1981) bezahlte für die Annäherung an Israel zwei Jahre nach Camp David bei einem Attentat mit seinem Leben. Jordanien, das seit den 1980er-Jahren ebenfalls einen pragmatischen Umgang mit seinem jüdischen Nachbarn pflegte, lernte daraus: Zum zweiten Friedensvertrag eines arabischen Staates mit Israel kam es nicht, bevor 1994 mit dem ersten Osloer Abkommen eine Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern wenigstens in Aussicht gerückt war.

Doch es waren nicht nur zwischenstaatliche Kriege, die den Nahen Osten

zu einem militärischen Unruheherd machten. Mitte der 1960er-Jahre bildete sich mit der Palestine Liberation Organization (PLO) eine politische Vertretung der Palästinenser mit einem bewaffneten Arm: dazu gehörten keine regulären Streitkräfte, sondern vor allem terroristisch agierende Kämpfer.

Nichtstaatliche Kriege

Nachdem schon in den 1950er-Jahren Freischärler immer wieder aus dem Gazastreifen und aus der Westbank Anschläge im israelischen Kerngebiet unternommen hatten, meistens gegen die Zivilbevölkerung, entstand nun ein säkularer palästinensischer Widerstand, jahrzehntelang angeführt von Jassir Arafat (1929–2004).

Über das Mittel öffentlichkeitswirksamer Terrorattentate, wie gegen die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen 1972 in München, und zum Teil spektakuläre Flugzeugentführungen verstanden es die PLO und andere, kleinere Gruppen, die Situation der Palästinenser in die Weltöffentlichkeit zu tragen, dort im Bewusstsein zu halten und ihr Anliegen als legitim darzustellen

und damit die angeblich notwendige Gegengewalt zu rechtfertigen. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt zeichnete sich ab, was nach »10/7« besonders augenfällig wurde: Während die Israelis stark auf militärische und geheimdienstliche Maßnahmen setzten und dabei meist ihre Stärke ausspielen konnten, verloren sie bei dem, was heute als »Kampf um den Informationsraum« bezeichnet wird, oftmals recht früh die Initiative. Das galt besonders im Libanonkrieg von 1982. Ziel Israels war die Vertreibung der mächtig gewordenen PLO aus dem nördlichen Nachbarland; politischer Gegner war nicht der fragile Libanon selbst. So gesehen erreichten die Israelis in diesem Krieg ihr Ziel. Sie besetzten bis zum Jahr 2000 den Süden des Landes und verloren dadurch aber erneut an internationaler Reputation.

Hamas und Hisbollah

Nach den Angriffen der Nachbarstaaten unter Führung Ägyptens und dem Widerstand der PLO wurden die beiden Terrororganisationen Hisbollah und Hamas wesentliche Träger des Kampfes gegen Israel. In der Ersten Intifada (arab.

Hamas und Hisbollah

sind zwei Terrororganisationen, die sich die Vernichtung Israels zum Ziel gesetzt haben. Die palästinensische Hamas operiert seit Ende 1987 aus dem Gazastreifen. Der Name ist einerseits die Abkürzung für »Islamische Widerstandsbewegung« und bedeutet im Arabischen zugleich »(Glaubens-)Eifer«, »Kampfgeist«. Die sunnitische Organisation besteht aus einem politischen Flügel, der in Teilen auch staatliche Funktionen wie die Gesundheitsversorgung übernommen hat, und einer paramilitärischen Miliz. Im Gazakrieg nach dem von ihr durchgeführten mörderischen Überfall auf Israel und dessen Bewohner am 7. Oktober 2023 wurde die Terrororganisation deutlich geschwächt, aber nicht völlig vernichtet.

Die Hisbollah (arabisch für »Partei Gottes«) ist eine seit 1982 im Libanon wurzelnde schiitische Terrorgruppe, die als »Staat im Staate« entscheidenden Einfluss auf die Politik des Landes hat. Die militärisch vom Iran hochgerüstete Miliz ist stärker als die Hamas und auch als die libanesischen Armee. Sie kämpfte auf Geheiß Teherans im syrischen Bürgerkrieg auf Regierungsseite und wurde bei israelischen Angriffen seit 2024 schwer getroffen.

des jüdischen Staates von 1948 wurden damit nicht mehr in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund und nach dem Ersten Irakkrieg 1990/91 kam es 1993 und 1995 zu den beiden Abkommen von Oslo, die Arafat noch einmal groß auf die politische Weltbühne brachten und in einer begrenzten Selbstverwaltung von Westjordanland und Gaza mittels der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) mündeten. Der ausgleichende Geist der Abkommen fand aber weder unter einer Mehrheit der Israelis noch der Palästinenser wirklich Akzeptanz und der Oslo-Prozess kam mit der Ermordung des israelischen Premierministers Jitzchak Rabin (1922–1995) durch einen jüdischen Fanatiker zum Stillstand.

Die Zweite Intifada von 2000 bis 2005 war wesentlich gewalttätiger als die vorangegangene. Ihre Unterstützer verübten viele Selbstmordattentate im israelischen Kernland. Die Israelis reagierten darauf mit Militäroperationen und der gezielten Tötung von hochrangigen Gegnern. Am Ende stand der Bau einer Sperranlage entlang der Grenze zum Westjordanland und 2005 der Rückzug aus dem Gazastreifen, der danach unter

»Sich erheben«, »Abschütteln«) revoltierte die palästinensische Bevölkerung seit 1987 gegen die israelische Besatzung im Westjordanland und im Gazastreifen. Dieser auch »Steine-Intifada« genannte Aufstand war der Anfang des Aufstiegs der sunnitischen Terrormiliz Hamas, die seitdem mit unzweifelhaft kommuniziertem Vernichtungswillen gegen den jüdischen Staat kämpft.

Zugleich schloss sich die nach der Vertreibung aus dem Libanon inzwischen nach Algier geflohene PLO-Leitung der Bewegung an und übernahm offiziell die Führung des Aufstands. 1988 rief sie einen palästinensischen Staat in den 1967 besetzten Gebieten aus – scheinbar eine Provokation Israels, tatsächlich aber indirekt eine Anerkennung seines Existenzrechtes, denn die Kerngebiete

»Steine-Intifada«: Am 21. Dezember 1987 in Jerusalem werfen verummte arabische Israelis Steine auf israelische Bereitschaftspolizisten. Die Intifada richtete sich gegen die israelische Besatzung des Gazastreifens und des Westjordanlandes und trug zum Aufstieg der Hamas bei.



die Kontrolle der Hamas geriet – womit die beiden selbstverwalteten Gebiete der Palästinenser politisch unterschiedlich geführt wurden, in Gaza von der Hamas, im Westjordanland von der PA. Im folgenden Jahr entführte die Hamas einen israelischen Soldaten, woraufhin Israel den Gazastreifen abriegelte – ein Zusammenbruch der Wirtschaft dort war die Folge. Der Ton war damit neu gesetzt, die Schärfe des Konfliktes blieb eine Konstante bis zur radikalen Steigerung im Oktober 2023.

Hisbollah und Hamas sowie die diese Organisationen stützende iranische Führung verweigern Israel grundsätzlich das Existenzrecht. Die weiteren Auseinandersetzungen (Libanonkrieg 2006, Militäroperationen in Gaza 2008/09, 2012, 2014, seit 2023) untermauerten die Unnachgiebigkeit beider Seiten. In der Konfrontation Israels mit den Terrormilizen zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zu den früheren Kriegen: Denn die Arabische Liga konzentrierte sich schon nach dem Sechstagekrieg auf die Wiedergewinnung der 1967 besetzten Gebiete und zielte nicht mehr auf die Vernichtung Israels. Gleiches galt mit zeitlicher Verzögerung seit Oslo 1993 für die PLO. Hamas und Hisbollah dagegen ist solche Kompromissbereitschaft fremd.

Muster der Kriegführung

Angefangen als Armee, die aus kampferfahrenen Untergrundorganisationen der britischen Mandatszeit hervorging, aber unter mangelhafter Ausrüstung litt, entwickelte sich die israelische Armee, Zahal, zur technologisch überlegenen Streitkraft im Nahen Osten. Die Zerstörungen im Gazastreifen, zuletzt seit Oktober 2023, sind ein zentraler Teil der israelischen Militärdoktrin: Solche Angriffe auf die Infrastruktur werden als Vorgehen gegen die Hamas gerechtfertigt, die wiederum systematisch aus ziviler Deckung heraus Israel angreift und dadurch den Schutzstatus der eigenen zivilen Bevölkerung in bewaffneten Konflikten untergräbt. Gleichzeitig sind israelisches Militär und Geheimdienste aufgrund beachtlich exakter Informatio-



nen zu hochpräzisen Schlägen fähig, wie zuletzt die gezielte Tötung eines großen Teils der Hamas- und Hisbollah-Führung gezeigt hat. Angriffe auf Führungspersonal, Infrastruktur und Logistik der feindlichen Terrormilizen dienen dazu, den Gegner strukturell zu schwächen und ihm Wissens- und Erfahrungsträger zu nehmen. Die spektakulären Angriffe mit explodierenden Pagern, Walkie-Talkies und Smartphones auf die Hisbollah im September 2024 vermitteln darüber

hinaus die Botschaft, dass Israel jederzeit und überall handlungsfähig ist.

Die beiden wichtigsten Gegner Israels haben sich ihrerseits als »lernende Organisationen« erwiesen. Gerade die Hisbollah hat durch die Entsendung von Kontingenten in den syrischen Bürgerkrieg nach 2011 Kampferfahrung gesammelt und das taktische Wissen von regulären Streitkräften erworben. Beide Terrormilizen kämpfen aus Tunnelsystemen, denen mit herkömmlicher

Landkriegführung nicht beizukommen ist; und beide haben ebenfalls beachtliche Erfolge im Kampf um den virtuellen Raum erzielt.

Fehlende Strategie

Die Kriege in Nahost bis 1973 waren relativ kurz und zugleich intensiv. Seit dem Libanonkrieg von 1982 kam es zu einer Akzentverschiebung zu langwierigen und oft niederschweligen Kampfhandlungen gegen nichtstaatliche Akteure im Spektrum zwischen terroristischen und paramilitärischen Aktionen sowie regulärem infanteristischen Kampf. Während Israel unbestreitbar die führende Militärmacht im Nahen Osten ist, gelang es dem Land nach 1948/49 nicht, eine beständige strategische Antwort auf seine anpassungsfähigen Gegner zu finden, besonders seit dem Übergang zur asymmetrischen Kriegführung von PLO, Hamas und Hisbollah. Die international kritisierte israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik hat seit 1967 immer wieder den Unfrieden in der Region

angestachelt. Massive Zerstörungen und die hohe Zahl ziviler Opfer im Gazastreifen aufgrund von Luftangriffen seit den 2000er-Jahren haben Israel dem Vorwurf von Kriegsverbrechen ausgesetzt. Die Hamas versteht es bis heute, medienwirksam die Bevölkerung von Gaza als Opfer einer Aggression Israels darzustellen, obwohl der völkerrechtswidrige Akt von »10/7« mit der brutalen Tötung von 1200 Israelis und der Verschleppung weiterer 240 als Geiseln gerade von ihr ausgegangen ist. Neben die militärische ist daher beinahe gleichwertig die (an die Weltöffentlichkeit gerichtete) narrative Domäne der Kriegführung getreten, also die Frage, wer die Oberhoheit darüber gewinnt, wie von diesem Krieg erzählt wird. Die israelische Gesellschaft ist davon nicht unberührt geblieben: Bei einem weithin uneingeschränkten Wehrwillen gibt es spätestens seit dem Libanonkrieg 1982 eine ethische Diskussion um die Grenzen der eigenen Kriegführung. Aufgrund geschichtlicher Erfahrung, theologischer Einflüsse und einer tiefsitzenden gesellschaftlichen

Angst um das Überleben habe sich ein religiöser Ethno-Nationalismus mit militaristischen Zügen entwickelt. Es gehört zu den Leistungen des demokratischen Gemeinwesens in Israel, dass solche moralischen Fragen trotz der permanenten Vernichtungsdrohung reflektiert werden. Schon vor »10/7« dürfte vielen Akteuren wie Beobachtern klar geworden sein, dass der militärische Einsatz keine Existenzgarantie bringen kann, gleichzeitig aber Israel immer aufs Neue militärisch gefordert sein wird.

»10/7«

Der Überfall am 7. Oktober 2023 geschah fast auf den Tag genau fünfzig Jahre nach dem Angriff Ägyptens und Syriens auf Israel 1973. Beide Male zeigte sich eine professionelle Armee erstaunlich ungewappnet. Doch kämpften 1973 Streitkräfte gegeneinander. Dagegen richtete sich die brutale Attacke am schwärzesten Tag der Geschichte Israels vorrangig gegen Zivilisten. Warum? Vor dem Hintergrund der Siedlergewalt

picture alliance / ASSOCIATED PRESS | IRON EDMONDS



Zeichen der Hoffnung: 1993 rückte mit dem Oslo-Friedensabkommen eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts scheinbar in greifbare Nähe. Anlässlich der Unterzeichnung in Washington reichten sich der israelische Premierminister Jitzchak Rabin (li.) und der PLO-Vorsitzende Jassir Arafat (re.) im Beisein von US-Präsident Bill Clinton (mi.) die Hände, 13. September 1993.

im Westjordanland, der dort hohen palästinensischen Opferzahl und der Rhetorik rechtsextremer Minister in der Regierung von Benjamin Netanyahu arbeitete die Hamas auf eine medial verwertbare Gegenmaßnahme hin. Die besondere Grausamkeit des Angriffs 2023 und die bereitwillige Akzeptanz in weiten Teilen des Nahen Ostens dafür ist eine Quelle der Legitimation für die Hamas.

Der Nahostkonflikt ist einerseits ein eigenständiger Konflikt, in den aber in der Zeit des Kalten Krieges immer wieder internationale Spannungen hineingetragen wurden, die ihre Ursachen in der Konfrontation zwischen USA und UdSSR hatten. Seit zwanzig Jahren strahlt ein anderer Konflikt, die Konkurrenz zwischen Saudi-Arabien und Iran, auf die gesamte Region aus. Vor dem Oktober 2023 soll angeblich eine Verständigung zwischen Riad und Jerusalem vorgestanden haben, was der Iran über seine Stellvertreter Hamas und Hisbollah verhindern wollte. Eine solche Verständigung war aber nach Ansicht vieler Fachleute aus Diplomatie, Wissenschaft und Medien nicht Realität, sondern eher Wunschdenken der Biden-Regierung in Washington, die einen eigenen Beitrag zur Lösung des alten Konflikts liefern wollte. Immerhin hatte im Herbst 2020 Israel mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain bilaterale Friedensverträge geschlossen. Saudi-Arabien zeigte dagegen anscheinend kein echtes Interesse an einem vergleichbaren Ausgleich mit Israel, zumal sich für das »Palästinenserproblem« unverändert keine Lösung abzeichnete.

Kein Frieden in Nahost

Alle Maßnahmen Saudi-Arabiens dienten dazu, die arabisch-muslimische Welt hinter sich zu sammeln, um den Nahen Osten unter eigener Vorherrschaft neu zu ordnen. Dazu zählte auch die Wiederherstellung der Beziehungen zum Iran und die Unterstützung des syrischen Assad-Regimes (bis zu dessen überraschenden und schnellen Fall im Dezember 2024) – halb, um



Umstrittenes Gedenken: Das Denkmal auf den Golanhöhen erinnert an den Sechstagekrieg, in dem Israel diese besetzte. Die offizielle Annexion im Jahr 1981 wurde international nicht anerkannt.

dem Iran nicht den Einfluss in Syrien zu überlassen, halb, um zu verhindern, dass Israels Position bei einem eventuellen Zerfall Syriens gestärkt werden würde. Iran dagegen griff im April 2024 erstmals überhaupt Israel mit Raketen und Kampfdrohnen direkt an. Eine weitere Eskalation konnte, wohl durch internationalen Druck auf beide Seiten, verhindert werden. Die iranische Führung muss als ein Verlierer der jüngsten Entwicklungen gelten. Grund dafür sind die massiven Verluste von Hamas und Hisbollah durch Israels entschiedene Reaktion auf den Angriff im Oktober 2023. Regionalkonflikt und Weltpolitik sind gerade im Nahen Osten mit seinen Ölreserven und geostrategisch wichtigen Gewässern (Suezkanal, Rotes Meer, Persischer Golf) untrennbar verknüpft. Ein wesentlicher Unterschied von 1973 zu 2023 liegt darin, dass der Jom-Kippur-Krieg letztlich den israelisch-

ägyptischen Friedensprozess einleitete, während sich seit »10/7« die Feindschaft zwischen Palästinensern und Israelis vertieft hat.

Der militärische Konflikt zwischen jüdischen Siedlern und arabisch-palästinensischen Einwohnern begann in den 1920er-Jahren: von einem »hundertjährigen Krieg« ist deshalb mitunter die Rede. Für die arabische Welt ist die »Palästinafrage« mit der Vertreibung 1948, der Besetzung von Gebieten seit 1967 und dem Scheitern aller weiteren Lösungsversuche Grundübel der gesamten Politik im Nahen Osten. Doch haben die betroffenen Staaten die palästinensischen Flüchtlinge nach 1948 nie fest in ihre eigenen Gesellschaften integriert: um das Problem international präsent zu halten; um sich nicht des Vorwurfs einer stillschweigenden Akzeptanz des jüdischen Staates auszusetzen; um schließlich zu verhindern, islamistische Organisationen im eigenen Staat zu stärken.

Mit »10/7« haben sich auf voraussichtlich lange Zeit Modelle einer gemeinsamen staatlichen Regelung (die Zweistaatenlösung; die vage Idee eines binationalen Staates mit gleichen Bürgerrechten für Israelis und Palästinenser) zerschlagen. Da eine vollkommene militärische Niederlage der Terrormilizen nicht zu erwarten ist, beginne das eigentliche Problem – so der Nahostexperte Guido Steinberg – erst, wenn der Krieg endet und die Hamas als soziale Bewegung und in ihrem verbliebenen militärischen Potenzial unter Kontrolle gebracht werden muss. Die Ereignisse der vergangenen beiden Jahre lassen nicht annehmen, dass Frieden für die Region in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

Oberst Dr. Armin Wagner ist Leiter des Forschungsbereichs Sicherheitspolitik und Streitkräfte am ZMSBw.

Literaturtipps

Muriel Asseburg/Jan Busse, *Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven*, München 2024.

Petra Ramsauer, *Nahost verstehen. Wie eine Region die Welt in Atem hält*, Wien 2024.

Atomwaffen

Von Cornelia Juliane Grosse

Vor 80 Jahren, am 16. Juli 1945, gelang in den USA der erste erfolgreiche Test einer Atombombe. Die Menschheit hatte ein neues Potenzial geschaffen, sich selbst zu vernichten. Aufgrund ihrer Zerstörungskraft wurden Atomwaffen alsbald Teil des Systems der Abschreckung. Als politische Waffen sollten sie so dazu beitragen Kriege zu verhindern.

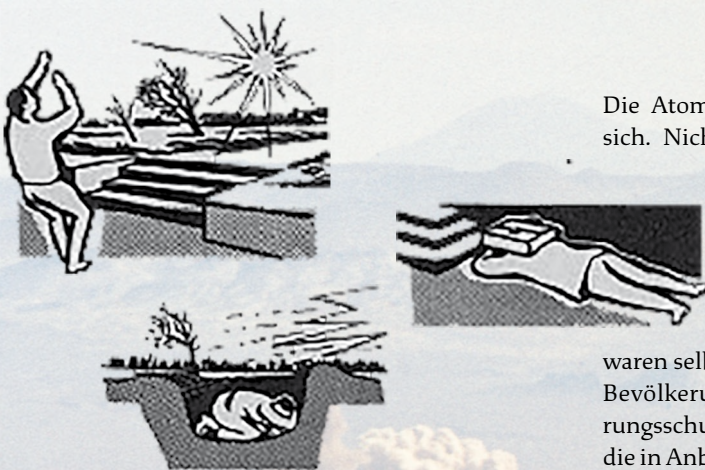
Am 6. und 9. August kam es zu den ersten und bislang einzigen Einsätzen von Atombomben: gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Die Abwürfe trugen, mehrere Monate nach dem Kriegsende in Europa, zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges im Pazifik bei. Erstmals zeigte sich auch die immense Zerstörungskraft dieser neuen Waffe. In Hiroshima wurden über 60 Prozent aller Gebäude zerstört. Die genaue Zahl der Opfer lässt sich kaum ermitteln, da viele erst an den Spätfolgen der radioaktiven Strahlung starben. Insgesamt kamen hunderttausende Menschen ums Leben.



IMAGO / United Archives International

Ground Zero: Die Atombombe »Little Boy« machte die japanische Stadt Hiroshima praktisch dem Erdboden gleich.

BMI / BzB, Broschüre »Jeder hat eine Chance«, 1961



Duck and Cover: Vorschläge aus einer Broschüre des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe von 1960, wie man sich vor einer Atombombenexplosion schützen sollte.

Die Atomwaffen brachten ein neues Zerstörungspotenzial mit sich. Nicht nur Lichtblitz, Hitzestrahlung und Druckwelle erreichten mit dieser Waffe neue Ausmaße, vor allem die radioaktive Strahlung war für die Bevölkerung eine neuartige und unsichtbare Bedrohung.

Anders als etwa in den skandinavischen Ländern blieben die getroffenen Schutzmaßnahmen in der Bundesrepublik indes rudimentär. Schutzraumplätze waren selbst Ende der 1980er-Jahre nur für knapp vier Prozent der Bevölkerung vorhanden. Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz schlug daher behelfsmäßige Schutzmaßnahmen vor, die in Anbetracht der Zerstörungskraft jedoch eher hilflos wirkten.

Das nukleare Waffenarsenal wurde mit der Zeit immer weiter ausgebaut. Auf der einen Seite entwickelten die Atommächte größere Kaliber, die vor allem der strategischen Abschreckung dienten. Die

größte bei einem Test explodierte

Bombe hatte eine Sprengkraft

von ca. 50 MT (Sowjet-

union, 1961). Das System

der gegenseitigen ge-

sicherten Vernichtung

(Mutually Assured De-

struction, MAD) – jede

Seite war in der Lage, auf

einen nuklearen Erstschat

mit einem nuklearen Zweitschat

– mündete ins »Gleichgewicht des Schreckens«,

das einen atomar geführten Krieg unwahrscheinlicher werden ließ.

Auf der anderen Seite wurden kleine Kaliber für den taktischen Bereich ent-

wickelt. Ihr Einsatz war in unmittelbarer Frontnähe vorgesehen. Im Kalten Krieg hätte

das im Zweifelsfall primär die beiden deutschen Staaten betroffen. Auch diese Waffen gehörten zum Kontinuum der Abschreckung.



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:SADM_carry_bag.jpg, G. McDuff, gemeinfrei

»Now I am
become death, the
destroyer of worlds.«

J. Robert Oppenheimer (1904–1967) erinnert sich in Anbetracht der ersten Atombombenexplosion an diese Worte aus der Bhagavad Gita, einer zentralen Schrift des Hinduismus.

Unscheinbare Gefahr: Sog. Atominen (Atomic Demolition Munitions) wie die W54/SADM hatten eine Sprengkraft von 0,1 bis 1 Kilotonnen.

Weltweit gibt es 5 Staaten, die anerkannter Weise Atomwaffen besitzen:

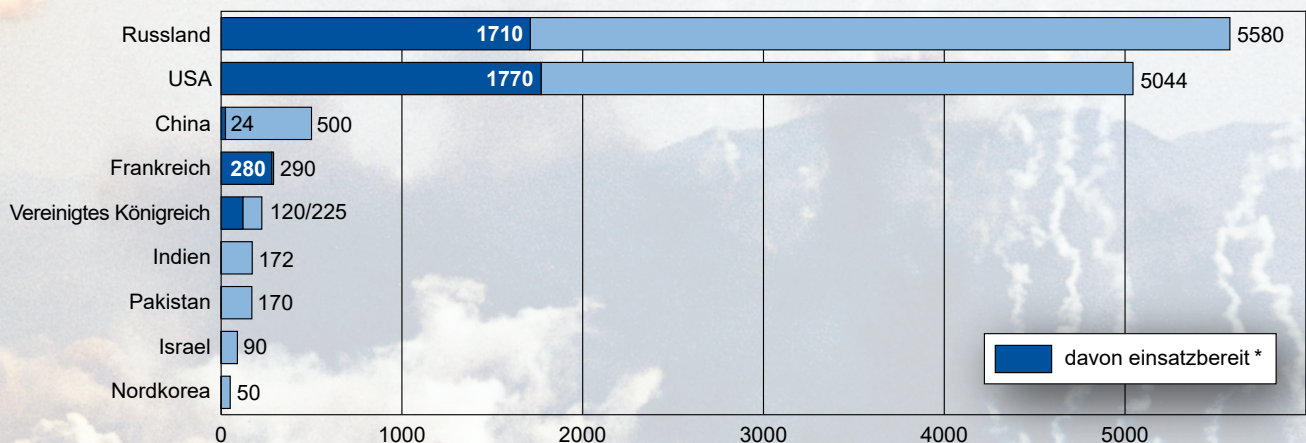
Die USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien.

De facto besitzen derzeit 4 weitere Staaten Atomwaffen:

Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea.

Zur Verhinderung der Weiterverbreitung wurde 1968 der sog. Atomwaffensperrvertrag (engl. Non-Proliferation Treaty) aufgesetzt, nur Indien, Pakistan, Israel und Südsudan (unabhängig seit 2011) haben den Vertrag nicht ratifiziert; Nordkorea trat 2003 aus dem Abkommen aus.

Anzahl Nuklearsprengköpfe weltweit 2024



* Hierunter fallen Sprengköpfe, die auf Raketen und Stützpunkten mit operativen Streitkräften platziert sind.

Weltweit: 12 121 (gesamt), 3904 (einsatzbereit).

Quelle: SIPRI, Yearbook 2024. Armaments, Disarmament and International Security.

© ZMSBW
08856-06

Vorbereitung auf einen neuen Krieg?

Die geheime Aufrüstung der Reichswehr

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg bedeutete der Friedensvertrag von Versailles empfindliche Einschränkungen für die deutschen Streitkräfte. Über die Einhaltung der Bestimmungen wachten bis 1927 Kontrollkommissionen der Alliierten. Bis zum Ende der 1930er-Jahre gelang es dem Deutschen Reich jedoch, seine Streitkräfte für einen neuen Krieg in Europa aufzurüsten. Wie war diese Entwicklung möglich gewesen?

Von Dennis Werberg

Im Sommer 1919 wurde mit Unterzeichnung der Pariser Vorortverträge nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eine neue Friedensordnung geschaffen. Der Versailler Vertrag beendete den Kriegszustand mit dem Deutschen Reich. Die militärischen Bestimmungen legten eine drastische Verkleinerung und Abrüstung des deutschen Militärs fest. Das Heer durfte künftig höchstens 100 000 Mann (davon 4000 Offiziere), die Marine maximal 15 000 Mann (davon 1500 Offiziere) zählen. Der Aufbau der Streitkräfte war genau vorgeschrieben, ebenso die Art und Menge von Waffen, Gerät und Munition. Der Besitz von Militärflugzeugen, Panzerkampfwagen, schweren Artilleriegeschützen, Giftgas und U-Booten war ausdrücklich untersagt. Ebenso verboten war die Beschäftigung mit kriegsvorbereitenden Maßnahmen außerhalb des Militärs,

etwa in Sportvereinen oder Forschungseinrichtungen. Aufgrund der Anerkennung des Vertrages durch das Deutsche Reich wurden seine Bestimmungen nicht nur Teil des internationalen, sondern auch des deutschen Rechts. Über die Einhaltung wachte unter anderem die Interalliierte Militär-Kontrollkommission (IMKK). Andere Bestimmungen des Vertrages schwächten die militärische Ausgangslage indirekt noch weiter: So gingen durch Gebietsabtretungen, die Entmilitarisierung des Rheinlandes und die alliierte Besetzung westlich des Rheins Roh-

picture alliance / Fotoarchiv für Zeitgeschichte | Fotoarchiv für Zeitgeschichte



Erzwungene Abrüstung: Der Versailler Vertrag verpflichtete Deutschland, große Teile des Kriegsmaterials aus dem Ersten Weltkrieg zu vernichten. Hierzu gehörten auch überzählige Stahlhelme.

stoffvorkommen, Industrieanlagen, Aufmarschgebiete und Verkehrsinfrastruktur verloren. Hinzu kam die angespannte wirtschaftliche Lage, die im Zuge der Hyperinflation von 1923 ihren Tiefpunkt erreichte. Unter diesen Bedingungen wurde die Reichswehr als die ersten gesamtdeutschen Streitkräfte aufgebaut.

»Wehrkonsens«

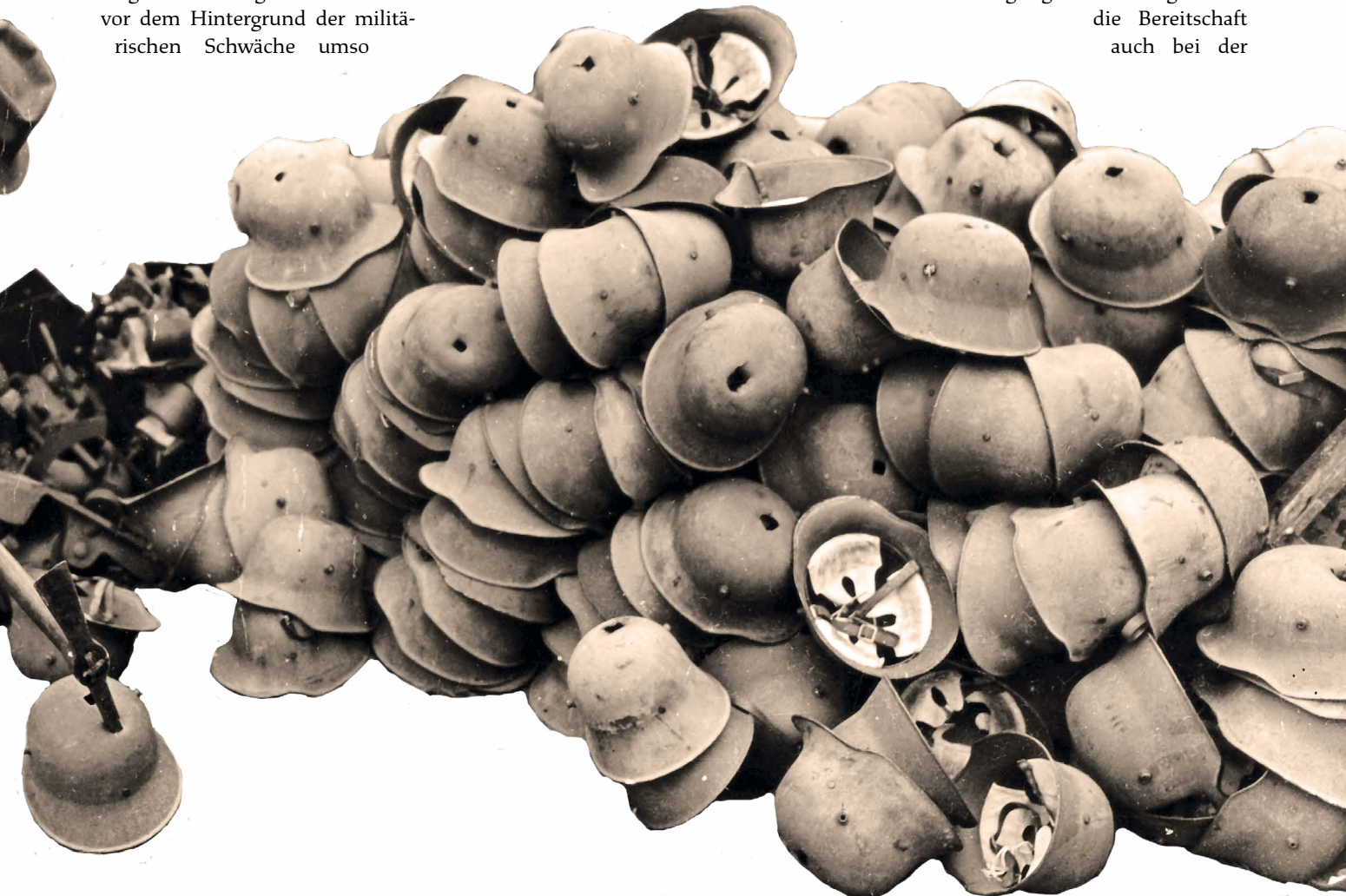
Der Erste Weltkrieg hatte die Gesellschaften der kriegführenden Staaten in bisher ungekanntem Ausmaß betroffen. Vor diesem Hintergrund hatte auch die zivil-militärische Zusammenarbeit eine neue Qualität erreicht. Nach 1918 erwuchs aus dieser Erfahrung die Erwartung, dass zukünftige Waffengänge Zivilbevölkerung und Volkswirtschaft noch stärker einbeziehen würden. Hieraus leitete sie für Deutschland die Notwendigkeit ab, sich auf einen solchen voraussichtlich entgrenzten Krieg vorzubereiten – was vor dem Hintergrund der militärischen Schwäche umso

gebotener erschien. Es galt einerseits die Landesverteidigung sicherzustellen, andererseits das Deutsche Reich wieder zu einer europäischen Großmacht – auch auf militärischem Gebiet – zu erheben. Hierbei konnte sich die Reichswehrführung auf einen breiten, partei- und milieuübergreifenden Konsens stützen. Dieser reichte von moderaten Sozialdemokraten bis zu den Konservativen. Auf grundsätzliche Ablehnung traf die Kriegsvorbereitung nur bei radikalen Sozialisten, Angehörigen des linken Flügels der Sozialdemokratie, bei Kommunisten, bei Linksliberalen und Pazifisten, die insgesamt jedoch in der Minderheit waren. Ergebnis war die Herausbildung weit verzweigter, hybrider zivil-militärischer Strukturen, etwa in geheimen Mobilmachungsvorbereitungen zwischen Militär, Regierungsstellen und paramilitärischen Verbänden und in der Rüstungsfor-

schung – und dies trotz aller durch den Friedensvertrag aufgestellten Verbote. Das Handeln der beteiligten Akteure war demnach illegal – aus deren Perspektive galt jedoch der Grundsatz: »Rechtsbruch als nationale Verpflichtung« (Bernhard Kroener). Die geheime Aufrüstung entwickelte sich vor diesem Hintergrund zu einem Bindeglied zwischen Militär, Staat und Gesellschaft.

Rüstungschaos

Als Druckmittel zur Durchsetzung des Friedensertrages behielten sich die Alliierten vor, bei Nichteinhaltung weiteres deutsches Staatsgebiet militärisch zu besetzen. Geringfügige Rückstände bei Reparationszahlungen boten der französischen Regierung 1923 einen willkommenen Anlass, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. In der Folge stellten Reichsregierung und Reichsbank den Streitkräften zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Gleichzeitig wuchs die Bereitschaft auch bei der



Reichsregierung, die Verletzung des Versailler Vertrages für die Aufrüstung billigend in Kauf zu nehmen. In der Sowjetunion wurden größere Mengen Artilleriegranaten bestellt und in den Niederlanden orderte die Heeresleitung moderne Fokker-Jagdflugzeuge. Staaten wie diese erhofften sich durch die Kooperation mit Deutschland unter anderem Vorteile für den Aufbau beziehungsweise die Modernisierung der eigenen Rüstungsindustrie. Die Marineleitung nutzte die zur Verfügung gestellten Gelder, um ein maritimes Rüstungsnetzwerk aus verschiedenen Firmen und Vereinen aufzubauen. Eine zentrale Koordinierung der Maßnahmen erfolgte jedoch nicht, was ein schließlich kaum noch zu überblickendes Nebeneinander verschiedener Maßnahmen zur Aufrüstung zur Folge hatte. So wurde das Krisenjahr 1923 zum ersten, wenn auch chaotischen »Boomjahr

der Geheimrüstung« (Michael Geyer). In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre sollte die Aufdeckung von einzelnen, illegalen Maßnahmen zu Skandalen im In- und Ausland führen, die jedoch folgenlos blieben. Entschlossen gegen die verbotene Aufrüstung einzuschreiten lag nicht im Interesse der deutschen Regierung, die zumindest grundsätzlich über die Maßnahmen informiert war. Im Ausland behinderte die Uneinigkeit der Alliierten ein Einschreiten. Neben dem Ankauf von Waffen und Munition im Ausland ging die Reichswehr dazu über, sich verdeckt eine militärische Personalreserve aufzubauen.

»Schwarze Reichswehr«

Um in den Wirren des Nachkrieges die Grenzen vor allem im Osten zu schützen, war mit Wissen und Willen der Reichsregierung ein eigener Grenz-

schutz geschaffen worden. Unter Führung einer »Zentralstelle Grenzschutz Ost« (Zegrost) bestand dieser aus illegalen paramilitärischen Verbänden, die in ihrer Gesamtheit bereits von den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen als »Schwarze Reichswehr« bezeichnet wurden. Der Grenzschutz setzte sich aus Verbänden von Zeitfreiwilligen und kleineren Kommandos zusammen. Erstere erhielten bei der Reichswehr eine militärische Kurzausbildung und dienten der kurzfristigen Verstärkung der regulären Verbände. Die Erfassungs- oder Arbeitskommandos genannten Formationen dagegen beaufsichtigten und unterhielten »schwarze« Bestände an Waffen und Munition. Dreh- und Angelpunkt dieser Aktivitäten war die »Organisation Escherich« (Orgesch) in Bayern, benannt nach ihrem Leiter, dem Forstrat Georg Escherich. Auf Druck der Alliierten wurde diese zwar 1921

picture alliance / SZ Photo | SZ Photo



Wehrkonsens: Trotz der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Kriegsfolgen erfreuten sich die Streitkräfte in der Bevölkerung großer Unterstützung, ausgesprochene Militärgegner waren in der Minderheit. Das Bild zeigt Nachrichtensoldaten des Reichsheeres mit Blinkgerät während eines Manövers, die von schaulustigen Zivilisten umringt sind (um 1930).

aufgelöst, die Organisationstätigkeit jedoch über ehemalige Offiziere, die zivil angestellt wurden, weitergeführt. Die Angehörigen der aufgelösten Verbände und Wehren gingen zumeist in den Untergrund und hielten ihren Zusammenhalt auf anderem Wege aufrecht. In Pommern etwa kamen Kämpfer aufgelöster Freiwilligenverbände geschlossen als Arbeiter auf Landgütern von Adligen unter. In Sachsen schlossen sich andere zu zivilen Vereinen mit harmlos klingenden Namen wie »Kornblume« zusammen. In Bayern bildeten Angehörige der aufgelösten »Marinebrigade Ehrhardt« Arbeitsgemeinschaften, die im Sommer Moore urbar machten, im Winter in der Holzwirtschaft tätig waren. So konnte die Reichswehr verdeckt militärische Kräfte vorhalten, die sich im Bedarfsfall rasch mobilisieren ließen. Teile dieser Verbände kamen etwa während des Dritten Polnischen Aufstandes 1921 zum Einsatz.

Den Rahmen für die weiteren Aufwuchspläne des Reichsheeres bildeten Studien zur personellen Verstärkung, welche das Truppenamt (in dem der verbotene Große Generalstab verdeckt fortbestand) bereits 1923 in Auftrag gab. Die Studie »Sommerarbeit« beschrieb ein Programm der Idealarüstung, das für jeden der sieben Wehrkreise die Aufstellung von drei Feld-Divisionen und zwei Landwehr-Divisionen vorsah. Die Studie unter dem Decknamen »Winterarbeit« behandelte die Aufstellung eines Notherees (auch »Aufstellungsheer«, kurz »A-Heer«) von zunächst 21 Divisionen und die Sicherstellung des Nachschubes für eine Dauer von fünf Monaten.

Internationale Kooperation

Um die illegale Aufrüstung voranzutreiben, ging die Reichswehr auch internationale Kooperationen, vor allem mit Sowjetrußland bzw. mit der Sowjetunion ein. Die ideologische Feindschaft trat gegenüber dem praktischen Nutzen einer Militärkooperation in den Hintergrund. Im westrussischen Lipezk richteten die Partner eine geheime Fliegerschule ein, wo ein Teil der 1923 geordneten Fokker-Jagdflugzeuge die

erste Übungsausstattung bildete. Zunächst wurden hier Auffrischkurse für Weltkriegspiloten durchgeführt, doch sahen die Planungen bereits vor, jährlich 35 bis 40 Offizieranwärter nach einer vormilitärischen Ausbildung in Deutschland in Lipezk zu Jagdfliegern, Luftaufklärern und Artilleriebeobachtern auszubilden. Die ersten zwölf Soldaten, welche die Tarnbezeichnung »Jungmärker« trugen, begannen 1927 ihre Ausbildung und reisten 1929 mit gefälschten Pässen als »Touristen« in die Sowjetunion ein. Hierzu wurden die Soldaten für die Dauer ihrer Ausbildung offiziell beurlaubt. Nach 1930 ging der Ausbildungsbetrieb jedoch deutlich zurück und der Schwerpunkt der Arbeiten

verschoob sich auf die Erprobung neu entwickelter Flugzeugtypen, von Bomben, Zündern, Visiereinrichtungen und ballistischen Messerapparaturen. Aus der Fliegerschule wurde ein Waffentestgelände. Bis Ende März 1933 entstand der Kern der zukünftigen Luftwaffe aus 120 vollwertigen Kampfflugzeugen.

Darüber hinaus hatte die Heeresleitung im März 1926 erste Gespräche über die Einrichtung einer gemeinsamen Panzerschule im westrussischen Kasan geführt, die im Frühjahr 1927 den Ausbildungsbetrieb aufnahm. Die theoretische Vorausbildung erfolgte, ähnlich wie bei der Pilotenausbildung, in Deutschland. Dem schlossen sich zwei Praxislehrgänge in der Sowjetunion an.



Schwarze Reserve: Der Versailler Vertrag verbot Deutschland den Aufbau militärischen Ersatzformationen. Im Verborgenen erfüllte jedoch der Grenz- und Landesschutz diese Funktion. Dessen Kräfte sollten zur Verstärkung der Reichswehr herangezogen werden. Werbeplakat für den »Grenzschutz Ost« (um 1919)

Bis zur Auflösung der Schule im Herbst 1933 wurden hier 30 deutsche Offiziere ausgebildet, die später den Lehrstamm für den Aufbau der deutschen Panzerwaffe ab 1935 bildeten.

Rüstungsindustrie

Neben der Entwaffnung Deutschlands war die Zerschlagung der im Ersten Weltkrieg ausgebauten Rüstungsindustrie ein zentrales Anliegen der Alliierten. Rüstungsgüter für die neuen deutschen Streitkräfte durften künftig nur im begrenzten Umfang und ausschließlich

vollzog sich zwar vorrangig aufgrund kommerzieller Interessen der Unternehmer, kam langfristig jedoch auch der Reichswehr zugute. So konnte technisches Wissen außerhalb Deutschlands bewahrt, weiterentwickelt und neues Gerät technisch erprobt werden. Beispielsweise entwickelte der deutsche Industriekonzern Krupp Geschütze über die Firma Bofors in Schweden weiter. Auf ausländischen Werften wurden U-Boote für die Marinen etwa Spaniens und der Türkei nach deutschen Konstruktionsplänen gebaut und erprobt. Bei den Probefahrten konnten Angehörige

Das Heeres-Waffenamt (HWA), ebenfalls Teil der Heeresleitung im Reichswehrministerium, beschritt einen anderen Weg. Der hier bereits 1921 gebildete Nachschubstab erarbeitete Pläne, um die deutsche Industrie für einen zukünftigen Krieg vorzubereiten. 1925 gab das HWA unter dem Decknamen »Pfennig« intern ein Handbuch heraus, in dem es seine Forderungen zusammenfasste. Demnach sollte die Industrie zeitnah und staatlich gezielt gefördert, ihre Produktionskapazitäten erweitert und ihre Fähigkeit zur Serienfertigung verbessert sowie kriegswichtige Rohstoffe bevorratet werden. Als Maßnahmen zur Mobilisierungsvorbereitung waren auch diese illegal. In der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre setzte sich diese Fraktion der »Logistiker« schrittweise gegen die »Operateure« im Truppenamt durch.

Rüstungsforschung

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg waren die Zusammenarbeit von Militär und Naturwissenschaften auf dem Feld der Rüstungsforschung überaus eng gewesen. Zwischen 1914 und 1918 hatten sich die Beziehungen noch vertieft – einerseits auf-

in einigen wenigen, durch die Siegermächte genehmigten Betrieben hergestellt werden. Daher gingen deutsche Rüstungsunternehmen 1919/20 dazu über, Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlagern. Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, dass mehrere Länder bereits vor 1914 Kunden deutscher Rüstungsunternehmen waren und diese infolge des Versailler Vertrages als Lieferanten von Ersatzteilen wegzufallen drohten.

Dieser »Exodus der deutschen Rüstungsindustrie« (Ernst Willi Hansen)

der Reichsmarine Erfahrungen mit dieser in Deutschland verbotenen Waffe sammeln.

Innerhalb Deutschlands wurde die Vorbereitung der eigenen Industrie für einen künftigen Krieg zunächst vernachlässigt. In der ersten Hälfte der 1920er-Jahre lag der Schwerpunkt der Planungen auf der verdeckten Aufstellung illegaler Verbände und deren Ausbildung. Die Planungen im Truppenamt gingen dahin, Waffen und Munition im Kriegsfall nicht aus eigener Produktion, sondern aus dem Ausland zu beziehen.

grund der gesteigerten Bedeutung moderner (Waffen-)Technik, andererseits aufgrund der Entgrenzung des Krieges. Dies führte auch nach 1918 zu einer weitreichenden Selbstmobilisierung deutscher Forschungseinrichtungen für die Kriegsvorbereitungen, obwohl dies durch den Versailler Vertrag ausdrücklich verboten war. So entstand ein rüstungstechnologischer Komplex zwischen militärischen Dienststellen, Universitäten, Technischen Hochschulen und Forschungsinstituten. Bereits Anfang der 1920er-Jahre studierten

picture alliance / SZ Photo | SZ Photo



Geheime Pilotenausbildung: Im westrussischen Lipezk bauten Reichswehr und Rote Armee eine gemeinsame Schule auf, um einen Kader ausgebildeter Kampfpiloten zu schaffen. Schulflugzeuge auf dem Landeplatz in Lipezk (Aufnahme von 1930)

aktive Offiziere Mathematik, Physik, Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik aber auch Volkswirtschaftslehre an verschiedenen deutschen Hochschulen und betrieben gezielt Rüstungsfor- schung. Geheimdissertationen unter Tarnbezeichnungen entstanden, die nicht veröffentlicht wurden, sondern direkt an das HWA gingen. Zur Koor- dinierung der Zusammenarbeit wurde hier 1926 eine »Zentralstelle für Heeres- physik und Heereschemie« eingerich- tet. Diese sollte die zivile Forschungs- arbeit für das Heer nutzbar machen und diente dem Aufbau und der Pflege der persönlichen Netzwerke zwischen Militärs und Naturwissenschaftlern. Zu den zentralen Feldern gehörte die Ersatzstoffforschung, die das Fehlen be- ziehungsweise den Verlust natürlicher Rohstoffvorkommen ausgleichen und Deutschland von Importen aus dem Ausland unabhängig machen sollte. Andere Forschungsarbeiten wirkten an der Weiter- und Neuentwicklung von Waffen und Gerät, beispielsweise von Raketen, mit.

Rüstungsprogramme

Das Wiedererstarben der deutschen Wirtschaft und des Finanzsektors seit 1924, die Normalisierung der internatio- nalen Beziehungen 1925/26 und schließ- lich das Ende der interalliierten Militär- kontrollen 1927 schufen für das Militär eine neue Rahmenlage. Nun begann die Reichswehrführung, die bisherigen, voneinander isolierten Einzelmaßnah- men zur geheimen Aufrüstung in die geordneten Bahnen zentral gesteueter, langfristiger Rüstungsprogramme zu überführen. Grundlage des im Septem- ber 1928 genehmigten 1. Rüstungspro- gramms bildete die bereits genannte Studie »Winterarbeit« von 1923 und das hier geforderte »Aufstellungsheer« von 21 Divisionen. Als Etappenziel legte das Programm die materielle Ausstattung eines solchen Heeres bis 1933 fest. Paral- lel sah ein Umbauplan die begrenzte Ausweitung des Friedensheeres und die Ausstattung einzelner Truppenteile mit schweren Artilleriegeschützen, Panzern, Flugabwehrkanonen und Flugzeugen

vor. Bereits 1929 begann das HWA mit der Ausarbeitung des 2. Rüstungspro- gramms, das die anschließende Aufrüs- tung bis 1938 regeln sollte.

Beschleunigte Aufrüstung ab 1933

Doch der Aufschwung hielt nicht lange an. Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 taumelte die Weimarer Republik, nach einer Phase der relativen Stabilität, in eine neue Staatskrise. Um 1930 rückte die deutsche Gesellschaft insgesamt po- litisch nach rechts, die NSDAP zog bei den Reichstagswahlen als zweitstärkste Kraft in das Parlament ein und Reichs- präsident Paul von Hindenburg begann, das politische System autoritär umzu- gestalten. In der Folge löste sich der an- fangs skizzierte »Wehrkonsens« auf. Die politische, aber auch die militärische Führung legten keinen Wert mehr auf die Beteiligung der gemäßigten Linken an den Kriegsvorbereitungen. Um die Aufrüstung zu gewährleisten, sollte sie von allen bestehenden Zwängen des parlamentarischen Systems befreit wer- den. Ende 1932 war der Staat nicht »dem Namen, aber doch der Sache nach, be- reits eine Militärdiktatur« (Benjamin Ziemann). Die Machtübergabe an Hit- ler und seine Ernennung zum Reichs- kanzler 1933 leitete daher nicht etwa die deutsche Wiederaufrüstung ein, sondern beschleunigte lediglich einen Prozess, der bereits Jahre zuvor angesto- ßen worden war. Wenige Jahre später verfügte das Deutsche Reich über ein- satzbereite Streitkräfte, die 1939/40 erste Angriffskriege gegen die europäischen Nachbarn zu führen in der Lage waren.

Ohne an dieser Stelle Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, kann ein ganzes Bündel von Einflussfaktoren angeführt werden, die diese Entwick- lung möglich machten: erstens die grundlegende, breite gesellschaftliche Übereinstimmung in der Ablehnung des Versailler Vertrages und für die mili- tärliche Wiederaufrüstung, zweitens die damit verbundene Bereitschaft, gelten- des internationales wie deutsches Recht zu brechen, drittens der fehlende politi- sche Wille (im In- und im Ausland), ent-



Not macht erfinderisch: Da die Reichswehr nicht über gepanzerte Gefechtsfahrzeuge verfügen durfte, setzte sie in der Ausbildung Attrappen aus Holz und Leinwand ein, die auf Kraftfahrzeugen oder Fahrrädern mon- tiert wurden (Aufnahme von 1932).

schlossen gegen die begangenen Rechts- brüche einzuschreiten, und viertens die Ausschaltung des Parlaments, um die bereits angelaufene Aufrüstung von al- len noch bestehenden Hemmnissen, insbesondere finanzieller Art, zu be- freien.

Major Dr. Dennis Werberg ist Mitar- beiter im Forschungsbereich Militärge- schichte bis 1945 am ZMSBw. In seinen Forschungen befasst er sich schwer- punktmäßig mit der Reichswehr.

Literaturtipps

Rüdiger Bergien, *Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und »Wehrhaftmachung« in Deutschland 1918–1933*, München 2012.

Marineschule Mürwik / Timm Bourry



Die Deutschlandkarte in der Marineschule Mürwik

Ein Relikt der frühen Bundesrepublik

Von Christian Jentzsch

Seit nunmehr 65 Jahren laufen Offizieranwärterjahrgänge der Marine und Besuchende der Marineschule Mürwik an einer bemerkenswerten Landkarte vorbei. Vor dem Speisesaal, dem sogenannten Remter, ist eine Freskomalerei zu sehen. Sie zeigt auf rund sieben Metern Breite und vier Metern Höhe Teile Mittel-, Ost- und Westeuropas. Sofort fallen die Grenzen auf: Braun eingerahmt ist das alte Deutsche Reich dargestellt. Wie auf einer mittelalterlichen oder einer touristischen Karte schmücken markante Gebäude die jeweiligen Orte. Vom Kölner Dom über den Dresdner Zwinger, das Danziger Krantor bis zum Königsberger Schloss sind wichtige Orte hervorgehoben.

Doch was stellt diese Karte aus dem Jahr 1960 eigentlich dar? Die Länder Mecklenburg, Sachsen und Thüringen sowie die preußischen Provinzen Pommern, Brandenburg, Schlesien und Ostpreußen sind benannt, aber nicht mit Ländergrenzen eingezeichnet. An Oder und Neiße ist hingegen die Grenze der DDR eingezeichnet. Ansonsten hebt die Karte die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 und die Westgrenze der Sowjetunion farblich hervor. Die sowjetische Grenze dort ist in einer Linie gezeichnet, die so zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte existierte: Sie zeigen den Stand nach dem Zweiten Weltkrieg, aber ohne die dann zur Sowjetunion gehörenden drei baltischen Republiken.

Geschaffen hat diese Freskomalerei Otto Thämer (1892–1975). Thämer gestaltete auf Veranlassung des zwischen 1944 und 1945 als Schulkommandeur fungierenden Kapitän zur See Wolfgang Lüth zwischen 1944 und 1955 die Fresken im Remter. Sie zeigen Szenen aus der deutschen Hansegeschichte. Bis dahin war Thämer vor allem mit Arbeiten zu norddeutscher Geschichte aufgefallen und hatte sich den nationalsozialistischen Machthabern angedient. So malte er bereits in der Mitte der 1930er-Jahre großformatige Wandbilder in der Neulandhalle Friedrichskoog für die NS-Propaganda, ohne indes selbst Nationalsozialist zu werden. Er produzierte auch für Zeitschriften sowie Propagandadrucke und war auf der Großen Deutschen Kunstausstellung 1942 vertreten. Eines seiner dortigen Motive, das Danziger Krantor, findet sich ebenfalls im Remter wieder. Weitere Bilder von ihm sind im Künstlermuseum Heikendorf und im Nordfrieslandmuseum in Husum zu sehen.

So verwirrend diese Karte für heutige Betrachtende sein mag, die Zeitgenossen Thämers konnten sie lesen. Die Karte repräsentiert den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland für ganz Deutschland. Bis zur »neuen Ostpolitik« unter Willy Brandt ab 1969 nahm die Bundesrepublik für sich in Anspruch, alle Deutschen zu vertreten. Demzufolge gab es nur einen Gesamtstaat Deutschland, der durch die Bundesrepublik Deutschland repräsentiert wurde. Die Ostgebiete, die nicht zur Bundesrepublik gehörten, wurden als besetzter Teil Deutschlands angesehen. Ebenso wurde die DDR nicht als Staat anerkannt. DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik reisen durften, behandelte man dort automatisch als deutsche Staatsbürger, also Bürger der Bundesrepublik mit allen Rechten. Besonders emotional wurde dabei in der Bundesrepublik über die deutschen Ostgrenzen gestritten. Bereits 1950 erkannte die DDR auf sowjetischen Druck hin die Flüsse Oder und Neiße als Grenze zur Volksrepublik Polen an. 1970 folgte dem auch die neue sozialliberale Bundesregierung unter Willy Brandt. Dagegen erhob sich heftiger Protest der Vertriebenenverbände und der CDU/CSU-Opposition. Damit hatten beide deutsche Staaten die Grenzziehung mit Polen bis zur Wiedervereinigung festgeschrieben.

Im 2+4-Vertrag vom September 1990 erkannten die Bundesrepublik und die noch wenige Tage existierende DDR die polnische Westgrenze für das künftige Gesamtdeutschland erneut an. Das wurde am 14. November 1990 noch einmal im deutsch-polnischen Grenzvertrag verankert. Mit dessen Inkrafttreten am 16. Januar 1992 gab Deutschland den Anspruch auf die alten Ostgebiete des Deutschen Reiches endgültig auf.

Vor diesem Hintergrund ist die heute eigenartig anmutende Karte eben kein Relikt aus dem »Dritten Reich«, sondern ein Teil der frühen bundesrepublikanischen Geschichte, der uns heute nach 65 Jahren einen Einblick in das Denken und die Vorstellungen der Gründungsgeneration der Bundeswehr gewährt. Allerdings ist diese mittlerweile so weit von der unsrigen entfernt, dass diese Karte ohne entsprechende historische Erklärung nicht mehr verstanden wird. Hunderttausendfach fanden sich solche Karten auch in den Schulatlanten der Bundesrepublik jener Jahre, von denen viele sicherlich noch immer in so manchem Bücherregal stehen. ■

Feuer und Bewegung

Deutsche Stoßtruppen im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg erstarrte an Teilen der Front bereits nach wenigen Monaten zu einem Stellungskrieg. Die deutsche militärische Führung wollte diesen Stillstand überwinden. Zu einem Mittel der Wahl entwickelte sich die Stoßtrupptaktik, die auf Überraschung, Geschwindigkeit und Flexibilität setzte.

Von Linus Birrel

Teil einer neuen militärischen Elite? Deutscher Stoßtruppsoldat an der Westfront, 1916

Wenn Filme unsere Vorstellung von den Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges abbilden und damit gleichzeitig selbst prägen, bedienen die Filmschaffenden dabei häufig das vorgefasste Bild einer ignoranten militärischen Führung, die ihre Soldaten massenweise in sinnlosen Frontalangriffen auf ausgebaute Stellungen opferte, zum Beispiel in Stanley Kubricks Klassiker »Paths of Glory« (dt. »Wege zum Ruhm«) von 1957 oder zuletzt in Edward Bergers oscarprämierter Romanverfilmung »Im Westen nichts Neues« aus dem Jahr 2022.

Ursprung im Stellungskrieg

Dies fängt einerseits eine Realität ein, welche die Zeitgenossen selbst zutiefst erschütterte, nämlich die ungeheuren Menschenverluste der jahrelangen Kämpfe um die immer gleichen Orte an der europäischen Westfront. Andererseits versperrt diese Vorstellung den Blick auf eine andere Realität, die für das Verständnis der damaligen Kriegsführung nicht weniger relevant ist, und zwar die eines andauernden militärischen Lern- und Anpassungsprozesses. Im deutschen Heer war die Aufstellung

von Stoßtruppen ein Ausdruck dieser Entwicklung.

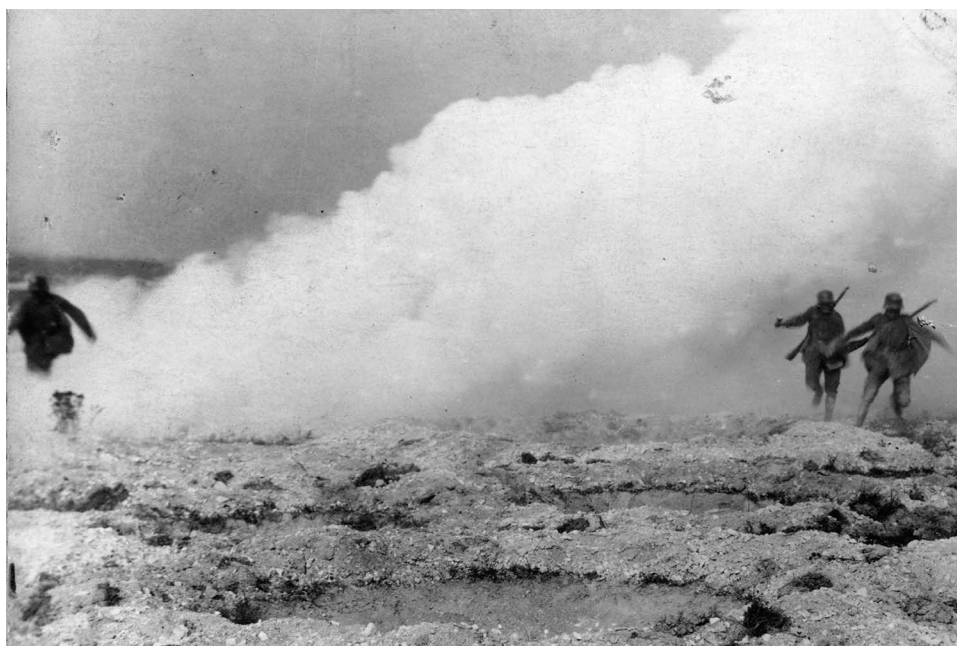
Mit Kriegsbeginn 1914 erwiesen sich die neuartigen Waffen wie das Schnellfeuergeschütz der Artillerie genauso wie das Maschinengewehr der Infanterie in ihrer Wirkung als so verheerend, dass sich die Kombattanten in ihrem Bedürfnis nach Schutz buchstäblich in die Erde eingruben. Mit dem nach wenigen Monaten daraus resultierenden Stellungskrieg an Teilen der Fronten ging unmittelbar auch das Bestreben einher, diesen wieder zu überwinden. Alle kriegsführenden Staaten standen zu gleichen Teilen vor der Herausforderung einer technologisch bedingten, maßgeblichen Aufwertung der Defensive gegenüber der Offensive. Die Idee vom siegesverheißenden Durchbruch durch die gegnerischen Stellungssysteme wurde daher zum Leitstern aller Anstrengungen. Der Einsatz neuer Kampfmittel wie dem Panzer oder von Giftgas trug dem ebenso Rechnung wie die Anpassung bestehender Kampfverfahren oder die Erprobung von innovativen Vorgehensweisen. Die deutsche militärische Führung förderte dabei gezielt Initiativen von unten. Zu den experimentellen Erprobungen auf infanteristischer Ebene gehörte im März 1915 die Aufstellung und der Einsatz ei-

ner aus Pionieren bestehenden Sturmabteilung, die sich auf unterster Ebene in Stoß- beziehungsweise Sturmtrupps gliederte. Aus den daraus gewonnenen Erfahrungswerten entwickelte sich die Idee der Aufstellung von weiteren Einheiten und Verbänden, die als Hauptträger eines Angriffsverfahrens gedacht waren, das auf Überraschung, Geschwindigkeit und Flexibilität setzte.

Das Stoßtruppverfahren

Im Kern bestand das Stoßtruppverfahren aus dem Angriff spezifisch ausgebildeter und ausgerüsteter Infanteriegruppen, sogenannter Stoß- oder auch Sturmtrupps. Die in der Regel aus einem Unteroffizier und sechs bis acht Mannschaftssoldaten bestehenden Stoßtrupps agierten eigenständig, aber im Verbund mit den anderen Gruppen ihrer Einheit. Ihre Aufgabe war es, möglichst überraschend und schnell das Gelände bis zu den gegnerischen Stellungen zu überwinden, in diese einzudringen und sie zu durchstoßen. Dazu sollten sie dem Gelände möglichst angepasst in lichter Ordnung vorgehen, die feindlichen Gräben aufrollen und Widerstandsnester isolieren, um nachfolgenden Truppen den Weg in die Tiefe

Anpassung an die herrschenden Kampfbedingungen: Ein Stoßtrupp übt das Vorgehen in lichter Form unter dem Einsatz von künstlichem Nebel, 1916–1918.



BARCh, Bild 183-RQ5944 / o. Ang.

des Raumes zu bahnen. Um im Bereich des ausgewählten Angriffsziels trotz der geringen eigenen Truppenstärke Feuerüberlegenheit herzustellen, konnten die Stoßtruppen auf ein breites Arsenal an Waffen zurückgreifen. Zu diesen gehörten zahlreiche Handgranaten, leichte Maschinengewehre, nach Möglichkeit auch Flammenwerfer, Granat- und Minenwerfer sowie im letzten Kriegsjahr vereinzelt die erste serienmäßig gefertigte Maschinenpistole, die MP18. Je nach Art der Unternehmung konnte zudem vorbereitendes Feuer durch die Artillerie ein wichtiger Faktor des Angriffsverfahrens sein. Je umfangreicher das jeweilige Vorhaben war, desto komplexer fiel in der Regel die Abstimmung mit anderen Truppengattungen aus. Während Stoßtruppen bei kleinen Unternehmungen, wie dem Versuch, an einem bestimmten Frontabschnitt Gefangene zu machen, mitunter auf sich allein gestellt agierten, war ihre Rolle bei Großunternehmungen, wie dem Beginn einer Offensive, lediglich ein Beitrag im Gefecht der verbundenen Waffen.

Das Erscheinungsbild der Stoßtruppensoldaten entsprach ihrer Verwendung. Von anderen Infanteristen unterschieden sie sich äußerlich durch die Kombination bestimmter Ausrüstungs- und Kleidungsmerkmale wie Handgranatensäcke, Wickelgamaschen und gepolsterte Knieschoner. Darüber hinaus fand die kürzere Variante des herkömmlichen Mauser Modell 98, der Karabiner 98AZ, in den Stoßtruppen breite Verwendung.

Die Stoßtruppen

Die erste Sturmabteilung wurde im April 1916 zu einem Sturmbataillon ausgebaut. Jeweils auf Armee-Ebene folgten weitere Aufstellungen, bis Kriegsende gab es insgesamt 18 dieser Verbände. Schon bald stellten einzelne Divisionen ihre eigenen Sturmabteilungen auf und neben diesen etatmäßigen Formationen wurden darüber hinaus Stoßtrupps auf der Kompanieebene verschiedenster Verbände gebildet. Ihrer Funktion nach waren alle diese Verbände und Einheiten Stoßtruppen, jedoch unterschieden sie sich hinsichtlich ihres Ausbildungsstan-

des und ihrer Ausrüstung teilweise erheblich. Den höchsten Grad an Befähigung für die Durchführung des neuen Angriffsverfahrens besaßen die Sturmbataillone. Sie rekrutierten sich aus ausgesuchten Freiwilligen, wurden prioritär ausgestattet und konnten ihre Fronteinsätze in Ausbildungseinrichtungen im Hinterland sorgfältig vorbereiten. Aus diesem Grund wurden sie von der militä-

rischen Führung als Schwerpunkteinheiten für besonders wichtige Unternehmungen herangezogen. Die ihnen zugestanden Privilegien, wie ein höherer Sold oder die motorisierte Fortbewegung zwischen Front und Hinter-

land, erweckten mitunter die Missgunst von Angehörigen anderer Truppenteile.

Neben ihrer Rolle als Sturmtruppe für besondere Angriffsunternehmungen waren die Sturmbataillone gleichzeitig Lehrtruppen, die als Multiplikatoren für die Verbreitung der Kenntnisse über die

Stoßtrupptaktik im ganzen Heer wirkten. Die von ihnen geschulten Offiziere und Soldaten bildeten wiederum den Kern für die Aufstellung von Stoßtrupps in den jeweiligen Stammtruppenteilen. Die dahinter liegende Absicht der deutschen Heeresführung war es, diese Taktik zum »Allgemeingut der Infanterie« zu machen. Im letzten Kriegsjahr waren die Sturmbataillone deshalb vor allem noch in ihrer Funktion als Katalysatoren der Stoßtrupptaktik bedeutend. So gab es im Sommer 1918 innerhalb der Obersten Heeresleitung (OHL) Überlegungen, die Sturmbataillone aufzulösen, welche aber mit Verweis auf deren Ausbilderrolle verworfen wurden. Hatte das Stoßtruppverfahren 1916 noch den Charakter einer Spezialausbildung besessen, wurde es im Laufe des Jahres 1917 mehr und mehr zu einem festen Bestandteil des taktischen Repertoires der gesamten Infanterie. Dafür war neben den Ausbildungskursen der Sturmbataillone die Übernahme der Taktik in die Ausbildungsvorschriften der Infanterie verantwortlich. Im Oktober 1916 erstmals in der Dienstvorschrift »Anweisung für die Ausbildung beim Sturmbataillon« festgehalten, fand das Verfahren bereits im Januar 1917 Eingang in die »Ausbildungsvorschrift für die Fußtruppen im Kriege«.



Neues Kampfmittel: Australischer Soldat mit erbeutetem deutschen Flammenwerfer.



Lehrfilm zur Ausbildung des Stoßtruppverfahrens, 1917/18



Ausbildung im Hinterland: Deutsche Stoßtruppen üben das neue Kampfverfahren, hier vermutlich bei Sedan im Jahr 1917.

Anspruch und Wirklichkeit

Aus den deutschen Offensivoperationen in der zweiten Kriegshälfte war das Kampfverfahren nicht mehr wegzudenken, ob bei der Einnahme Rigas im September 1917 oder den Frühjahrsoffensiven des Jahres 1918 in Frankreich. Doch der Angriff in Schützenlinie, der im Sommer 1914 die Norm dargestellt hatte, war auch noch im letzten Kriegsjahr zu beobachten. Dies konnte taktischer Opportunität geschuldet sein, war aber häufig Ausdruck mangelnder Erfahrung mit den neuen Formen. In der Praxis kamen deshalb immer wieder Mischformen aus älteren und neueren taktischen Verfahren zur Anwendung. So wie im Fall des Stoßtrupppverfahrens war auch die Entwicklung der deutschen Infanterietaktik während des Ersten Weltkriegs allgemein kein revolutionärer, sondern vielmehr ein evolutionärer Prozess. Die Kriegserfahrung beschleunigte die Weiterentwicklung einiger Vorkriegsideen, während sie andere, die sich in der praktischen Umsetzung nicht durchsetzen konnten, revidierte. So waren die idealen Grundlagen des Einsatzes von Stoßtruppen im deutschen Heer bereits in der Vorkriegszeit zu finden. Seine Form bekam das Verfahren aber erst unter dem Eindruck der Kampfbedingungen an der Westfront, wo die Stoßtrupptaktik zur Überwindung des Stellungkrieges beitragen sollte. Unter Anwendung

ihrer Prinzipien erzielte das deutsche Heer während der Frühjahrsoffensiven 1918 tatsächlich zahlreiche taktische und einige bemerkenswerte operative Erfolge. Das große Ziel aber, der strategische Durchbruch im Westen, misslang. In den letzten deutschen Offensiven zeigte sich, dass die Truppe ohne ausreichende Motorisierung nicht dazu in der Lage war, den Bewegungskrieg im Anschluss an einen einmal erfolgten Durchbruch aufrecht zu erhalten. Stattdessen fiel man immer wieder in den Stellungskrieg zurück.

Nach dem Krieg

Die nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg aufgestellte Reichswehr besaß keine spezialisierten Stoßtruppen mehr. In Kontinuität zu den Ausbildungsvorschriften der Kriegszeit waren Grundlagen des Stoßtrupppverfahrens, wie die Erwartung von Eigeninitiative an Unterführer und Mannschaften, jedoch auch für das neue Heer grundlegend. Dafür sorgten kriegserfahrene Offiziere wie Generalleutnant Friedrich von Taysen, der die Taktik als Inspekteur der Infanterie noch im Jahr 1924 als bewahrenswerte Errungenschaft deutscher Kriegführung darstellte: »Unsere lichten [...] Kampfformen und unser Kampfverfahren an sich [...] müssen bleiben! Im Kriege aus innerer Notwendigkeit heraus entstanden, hinter der Front 1917

bei Sturmbataillonen und Ruhetruppen vervollkommen, hat es sich vor dem Feinde 1918 in Tiefenzonen derart bewährt [...] Gewiss ist unser Verfahren nicht so einfach, wie das einer Nation, die es sich leisten kann, Brussilow'sche Hekatomben zu opfern oder einer [...] Armee, die nur Kampfwagen und Feuerwalzen folgt.« Auch heute noch lassen sich Prinzipien des Stoßtrupppverfahrens in den Dienstvorschriften der Bundeswehr finden. So existierte das Konzept Feuer und Bewegung zwar bereits vor der Stoßtrupptaktik, doch geht seine Anwendung innerhalb der Gruppe, wie im Grundsatz heute noch praktiziert, auf die Innovation im Ersten Weltkrieg zurück.

Linus Birrel, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Einsatz am ZMSBw. In seinen Forschungen befasst er sich mit den Kampferfahrungen der Bundeswehr in Afghanistan.

Literaturtipps

Ralf Raths, *Vom Massensturm zur Stoßtrupptaktik. Die deutsche Landkriegtaktik im Spiegel von Dienstvorschriften und Publizistik 1906 bis 1918*, Potsdam 2019.

Christian Stachelbeck, *Wissen und Krieg. Taktisches Lernen des deutschen Heeres 1888–1926*, Berlin 2025.

»Live Aid«: Hilfsflüge und Kalter Krieg

13. Juli 1985

Vor 40 Jahren fand ein musikalisches Megaevent zugunsten der Opfer einer Hungerkatastrophe statt – das globale Medienereignis »Live Aid«. Fast alle, die damals im internationalen Musikgeschäft *en vogue* waren, traten bei Großkonzerten in London und Philadelphia auf. Hinzu kamen noch kleinere Veranstaltungen, zum Beispiel in Tokio, Melbourne oder Köln, und über den »Eisernen Vorhang« hinweg beteiligte sich sogar Moskau im begrenzten Rahmen. Man geht davon aus, dass eineinhalb bis zwei Milliarden Menschen in 155 Staaten »Live Aid« zumindest teilweise an ihren Fernsehgeräten verfolgt haben. Die Benefizaktion setzte damit in puncto medialer Reichweite neue Maßstäbe. »Live Aid« sah sich aber auch frühzeitig mit Vorwürfen konfrontiert. Heute wird dieses Musikspektakel insbesondere im Zusammenhang mit einem von Stereotypen geprägten »White Saviourism« (»Weißem Rettertum«) kritisch betrachtet.

Was war der Hintergrund? In den Jahren 1983 bis 1985 war es durch eine besonders ausgeprägte Dürreperiode in einigen Staaten der Sahelzone zu einer

Hungersnot gekommen, die vor allem Teile von Äthiopien massiv betraf. Dort hatte sich die Lage unter anderem durch einen Bürgerkrieg verschärft, der zwischen dem sozialistisch ausgerichteten Militärregime und Rebellengruppierungen geführt wurde. Im Oktober 1984 sorgte eine Fernsehdokumentation der

British Broadcasting Corporation (BBC) mit drastischen Filmaufnahmen von Hungeropfern weltweit für Entsetzen, was einen immensen medialen Druck erzeugte. Dies führte zu unterschiedlichsten staatlich und privat organisierten Hilfsmaßnahmen.

Noch vor dem – heute ebenfalls

umstrittenen – Benefizsong »Do They Know It's Christmas?« von »Band Aid«, der die Grundlage für »Live Aid« bildete, schickten Staaten aus Ost und West Lufttransportkräfte nach Äthiopien, um bei der Versorgung entlegener Regionen zu helfen. Daran beteiligten sich sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR. Sie folgten dabei einer offiziellen Bitte des äthiopischen Regimes um Unterstützung.

In der letzten Hochphase des Kalten Krieges waren Soldaten der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee damit gleichzeitig an ein und derselben internationalen Hilfsaktion beteiligt. Die Unterstützung ist seitens beider deutscher Staaten jedoch keineswegs rein selbstlos gewesen. Neben humanitären Beweggründen spielten eine positive Selbstdarstellung sowie weitere nationale Interessen eine Rolle. Dieser Hilfseinsatz war daher auch ein politisches Instrument in der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges.

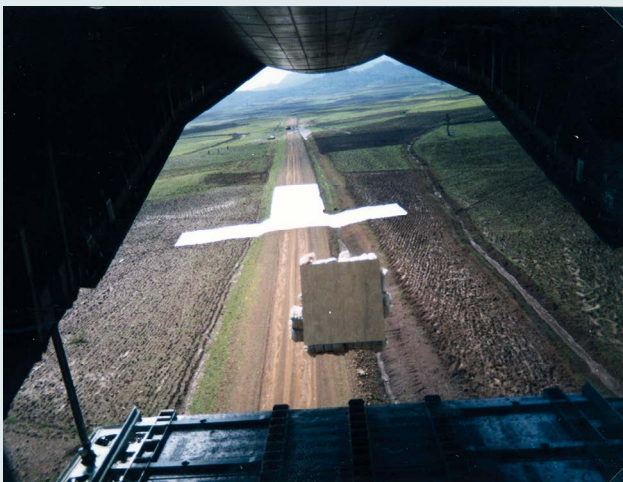
Markus Evers



Live Aid: Am 13. Juli 1985 sollte weltweit auf Konzerten Geld gesammelt werden, um den Menschen, die unter der Hungerkatastrophe leiden mussten, zu helfen.

picture-alliance / dpa | Norbert Försterling

Dieter Schaffer



Hilfe aus der Luft: Auch die Bundeswehr unterstützte, hier Abwurf von Hilfsgütern im Tiefstflug aus einer Transall C-160, 1985.

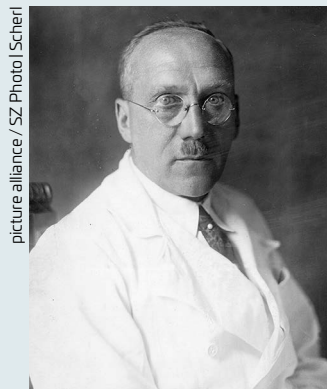
Ernst Ferdinand Sauerbruch

3. Juli 1875

Am 3. Juli 1875 wurde in Barmen (Wuppertal) einer der bekanntesten Chirurgen des 20. Jahrhunderts geboren: Ernst Ferdinand Sauerbruch. Nach seinem Staatsexamen 1901, Anstellungen als Assistenzarzt und der Promotion ging Sauerbruch 1903 nach Breslau, wo er sich 1905 als Schüler des bedeutenden Chirurgen Johannes von Mikulicz-Radecki habilitierte. Über weitere Stationen erhielt er 1910 in Zürich seinen ersten Lehrstuhl. Am Ersten Weltkrieg nahm Sauerbruch als freiwilliger Arzt in verschiedenen Verwendungen teil. 1918 wechselte er nach München und 1927 an die Berliner Charité, wo er bis 1949 als Ordinarius und Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik die erfolgreichste Zeit seiner Karriere erlebte. In der gesamten Chirurgie zuhause, machte ihn vor allem seine Unterdruckkammer berühmt, die Operationen am offenen Brustkorb er-

möglichte und die Thoraxchirurgie revolutionierte. Und unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges entwickelte er Operationsverfahren und Prothesen wie den »Sauerbruch-Arm« zur Rehabilitation der Kriegsversehrten.

Neben seiner fachlichen Brillanz und Reputation war seine Popularität bei den Patienten und in der Bevölkerung



Medizinischer Pionier: Ferdinand Sauerbruch

legendär. Der »Mythos Sauerbruch« wurde weit über seinen Tod hinaus durch die außerordentlich erfolgreichen Memoiren »Das war mein Leben« (1951) und den gleichnamigen Film (1954) gestützt.

Ambivalent war die Rolle Sauerbruchs in der NS-Zeit: Einerseits war er in das System verstrickt und führte seine Karriere ungebrochen weiter, während er andererseits dem Nationalsozialismus distanziert gegenüberstand, den Antisemitismus ablehnte und Verfolgten des Regimes half.

Seine letzten Lebensjahre waren von einer fortschreitenden Zerebralsklerose geprägt, die seine geistige Verfassung und nicht zuletzt seine chirurgische Arbeit negativ beeinflusste. Am 2. Juli 1951 erlag Ferdinand Sauerbruch schließlich seiner Erkrankung.

Ralf Vollmuth

Zwei-plus-Vier-Vertrag

12. September 1990

Zwei deutsche Staaten und die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges verhandelten seit Mai 1990 in nur drei eintägigen Konferenzen alle offenen Punkte der »deutschen Frage«. Und so lautet der offizielle Titel der beim vierten Treffen in Moskau unterzeichneten Übereinkunft auch »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland«.

Was wurde »abschließend« geregelt? Damals am wichtigsten, besonders für Polen, und daher in Artikel 1 geregelt: die Außengrenzen und damit der endgültige Verzicht auf frühere deutsche Gebiete, die nun zu Polen und der Sowjetunion gehörten. Beide deutsche Staaten bekräftigten ihren »Verzicht auf Her-

stellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen«. Artikel 3 legte die Personalstärke der deutschen Streitkräfte auf maximal 370 000 Mann fest und nochmals konkreter nicht mehr als 345 000 Mann in den Land- und Luftstreitkräften. Die Sowjetunion verpflichtete sich zum Abzug aller ihrer Truppen vom Gebiet der (Noch-)DDR bis Ende 1994. Solange diese Truppen noch dort waren, sollten in Ostdeutschland nur »deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind«. Nach dem Abzug der Sowjets durften dort auch in ein Bündnis integrierte Streitkräfte stehen, aber nur deut-

sche. Denn Artikel 5 legte fest: »Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt«. Dafür aber bekam Deutschland das Recht, »Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören«.

Was wurde nicht im Vertrag geregelt? Es findet sich kein Verbot, die NATO weiter nach Mittel-Osteuropa auszudehnen und NATO-Truppen östlich der Oder zu stationieren. Es ging nur um die »deutsche Frage«.

Klaus Storkmann

»Bandenkampf«

Deutsche Polizei im militärischen Einsatz

Ohne die Polizei wäre der Holocaust nicht möglich gewesen. Während des Zweiten Weltkrieges waren zehntausende »Gesetzhüter« in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten tätig. Vor allem in Osteuropa wirkten sie maßgeblich am Judenmord und anderen Massenverbrechen des NS-Regimes mit. Viele ihrer Taten erfolgten im Zuge der sogenannten Bandenbekämpfung. Doch warum war die deutsche Polizei während des 20. Jahrhunderts so sehr auf »Banden« fixiert?

Von Sven Deppisch



picture alliance / Fotoarchiv für Zeitgeschichte

Prägende Ereignisse: Während der sogenannten Märzkämpfe in Mitteldeutschland 1921 setzte die Polizei Arbeiter fest und festigte dabei ihr Feindbild der »linken Banden«.

Die Furcht vor »Banden« besaß in Deutschland eine lange Tradition. Sie lässt sich bis mindestens in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zurückverfolgen, als desertierte Landsknechte die Bevölkerung terrorisierten, indem sie plündernd und brandschatzend umherzogen. Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 machten Frantireurs, also französische »Freischärler«, dem deutschen Heer zu schaden. Deutsche Militärs plädierten deshalb dafür, nicht zur offiziellen Armee gehörende Partisanen hart zu bekämpfen, weil sie ihre Kampfweise als feige, hinterhältig und illegal ansahen. Während des Ersten Weltkriegs installierte die deutsche Armee in den von ihr besetzten Gebieten ein weitreichendes Sicherheitsregime, das jedweden Widerstand im Keim ersticken sollte. Oftmals führte dies zu einem unerbittlichen Umgang mit Widerstandskämpfern, aber auch zu einem rücksichtslosen Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung. Nach Ende des Ersten Weltkriegs lebten die dahinterstehenden Konzepte in der Reichswehr und den Freikorps fort. Sie kamen etwa bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik zum Einsatz.

»Säuberungsunternehmungen« in der Weimarer Republik

Zu Beginn der Weimarer Republik emanzipierte sich die Polizei der einzelnen Länder zunehmend vom Militär, das noch im Kaiserreich – neben anderen Sicherheitsorganen der Länder und Städte – auch für die innere Sicherheit zuständig gewesen war. Nach dem Ersten Weltkrieg begrenzte der Versailler Vertrag das stehende Heer auf 100 000 Mann. In der Folge wechselten viele entlassene Soldaten und besonders Offiziere zur neu geschaffenen Sicherheitspolizei. Weil die Alliierten in ihr eine Ersatzarmee sahen, mit deren Hilfe Deutschland über die Hintertür militärisch aufgerüstet werden könnte, musste sie wieder aufgelöst werden. Es folgte die Einrichtung von Landespolizeien, die in den einzelnen Ländern der Weimarer Republik unterschiedliche Namen hatten. Während sie in Preußen

etwa Schutzpolizei hieß, wurde sie in Bayern als Landespolizei bezeichnet. Mit den ehemaligen Militärs gelangte in die Polizei Personal, welches dort auch das Bild der »Banden« verstärkte. Dieses besagte im Kern, dass eine mehr oder minder große als Gegner definierte Gruppe die bestehende Ordnung bedrohe, indem sie Straftaten verübte oder den Aufstand probte. Bereits in den Anfangsjahren der ersten deutschen Demokratie konnte sich dieses Bild in der

»Für die Schutzpolizei kommt somit alles darauf an, so schnell wie möglich mit den einzelnen Partisanenabteilungen fertig zu werden.«

Polizei-Oberstleutnant Wilhelm Hartenstein, Der Kampfeinsatz der Schutzpolizei bei inneren Unruhen, 1926

Polizei fest etablieren, denn zu dieser Zeit schritt sie vor allem gegen linksextreme Umsturzversuche ein, deren Ziel es war, die noch junge Republik gewaltsam zu stürzen und durch sozialistische Räterepubliken zu ersetzen. Dazu zählten etwa der Mitteldeutsche Aufstand vom März 1921 oder die Hamburger Oktoberunruhen des Jahres 1923. Die überwiegend kommunistischen, bewaffneten Aufstände schlugen die noch jungen Polizeiverbände mit Waffengewalt nieder.

Diese Einsätze prägten die Mentalität der deutschen Gesetzeshüter nachhaltig. Für die Polizei in der Weimarer Republik war klar: Der Feind steht links, formiert sich zu »Banden«, ist bewaffnet und gefährlich, weshalb er aus ihrer

Sicht unerbittlich bekämpft werden musste. Besonders seit Mitte der 1920er-Jahre hielt diese Denkweise Einzug in das polizeiliche Schrifttum. In seinem 1929 erschienenen Buch »Der mitteldeutsche Aufstand 1921« plädierte etwa Polizeimajor Walter Drobniß für ein energisches Durchgreifen gegenüber den Aufrührern und sprach anlässlich des Polizeieinsatzes von »Bandenbekämpfung«, »Befriedigungsaktionen« und »Säuberungsunternehmungen«. Der paramilitärische Kampfeinsatz im Innern dominierte auch die Polizeiausbildung. Im Unterricht und in Planspielen lernten die Anwärter verschiedene Taktiken zur »Bandenbekämpfung«.

»Bandenkampf« am Reißbrett

Nicht zuletzt, weil sie mit dem Kommunismus ein gemeinsames Feindbild teilten, fiel es den Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme erstaunlich leicht, die Polizei für sich zu vereinnahmen. Nachdem Adolf Hitler den Reichsführer-SS Heinrich Himmler am 17. Juni 1936 zum »Chef der Deutschen Polizei« ernannt hatte, richtete dieser die Ordnungsmacht ideologisch an der Schutzstaffel aus und militariserte sie zunehmend, beispielsweise durch die Übernahme von Dienstgradbezeichnungen und eine verstärkte infanteristische Ausbildung. Ferner unterteilte er sie in eine Sicherheits- und eine Ordnungspolizei. Während sich Erstere hauptsächlich aus der Geheimen Staats- und der Kriminalpolizei zusammensetzte, umfasste die personell deutlich größere Ordnungspolizei sämtliche uniformierten Zweige der Ordnungsmacht, allen voran Schutzpolizei und Gendarmerie.

Die neuen Machthaber konzentrierten sich jedoch zunächst darauf, eine neue Armee aufzustellen. Bis Oktober 1935 wurden daher rund 56 000 Polizisten der kasernierten Bereitschaftspolizei in die Wehrmacht überführt, was einen enormen Personalmangel bei der Polizei verursachte. Diesem wirkten die Nationalsozialisten erst ab Mitte der 1930er-Jahre entgegen, weil Hitler die Polizei im Gegensatz zu den Streitkräften kaum

förderte. In der stark militärisch ausgerichteten Ausbildung der neuen Ordnungshüter stellte die »Bandenbekämpfung« zu dieser Zeit weiterhin ein zentrales Thema dar. Gerade an den beiden Offizierschulen der Ordnungspolizei in Berlin-Köpenick und Fürstfeldbruck mussten sich die angehenden Führungskräfte fächerübergreifend mit diesem Thema befassen. Doch ging das Ziel der Ausbildung nun über die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Inneren hinaus: Bereits in den Friedensjahren sollten Hitlers »grüne Soldaten« auf den sogenannten »auswärtigen Einsatz« vorbereitet werden. Aber vor allem während des Zweiten Weltkriegs standen etwa die »Kampfweise der Banden«, die »Führung in der Bandenbekämpfung« sowie die »Vernichtung der Banden durch Einkesselung« und der »Einsatz von Jagdkommandos« auf dem Lehrplan.

Mit dem Überfall auf Polen 1939 gingen deutsche Polizeieinheiten in den

Kriegseinsatz, nachdem sie aus der Bereitschaftspolizei gebildet worden waren. Als oberster deutscher Polizeichef wollte Himmler sie als militärisch organisierte Verbände dafür einsetzen, in den besetzten Gebieten jedweden Widerstand zu bekämpfen und auch dort deutsche Polizeistrukturen zu etablieren.

»... der Jude ist der Partisan!«

Bereits in Polen verübten Bataillone der Ordnungspolizei ab Herbst 1939 zahlreiche Verbrechen an der Zivilbevölkerung im besetzten Gebiet. Doch mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 eskalierte die Gewalt von Himmlers »Polizeisoldaten« vollends, weil sie zuvor eingeübte Maßnahmen zur Aufstandsbekämpfung gegen Partisanen, aber auch gegen die Zivilbevölkerung anwendeten. Obwohl es in der zweiten Jahreshälfte 1941 noch keine nennenswerten sowjetischen

Partisanenverbände gab, gingen sie mit harten Mitteln gegen jedes Anzeichen von Widerständigkeit vor. Als sich der Widerstand gegen die Besatzung ab Sommer 1942 allmählich verstärkte, operierten Einheiten von Polizei, Wehrmacht und Waffen-SS sogar in gemeinsamen »Großunternehmungen« gegen ihre irregulären Gegner. Beim Unternehmen »Hornung« gegen sowjetische Partisanen in Weißrussland im Februar 1943 ermordeten die deutschen Besatzer südlich der Stadt Sluzk insgesamt 12 897 Menschen, unter denen sich circa 3300 Juden befanden.

Im Rahmen der »Bandenbekämpfung« erschossen Bataillone der Ordnungspolizei echte, aber auch viele vermeintliche Partisanen. Doch in erster Linie litt hierunter die unbeteiligte Zivilbevölkerung. Vor allem Juden fielen der »Bandenbekämpfung« in großer Zahl zum Opfer. Dem NS-Regime kam es sehr gelegen, dass die Besatzungstruppen vor Ort nicht sicher zwischen Widerstandskämpfern und Unbeteiligten unterscheiden konnten. Manche ranghohen Nationalsozialisten behaupteten, dass insbesondere Juden als Hintermänner der »bolschewistischen Banden« fungierten, andere setzten beide Gruppen sogar in eins.

Bei einem Lehrgang zur Partisanenbekämpfung Ende September 1941 in Mogilew (heute Belarus) zeigte sich beispielsweise der SS-Sturmabführer der Reserve Gustav Lombard davon überzeugt: »... der Jude ist der Partisan!« Auch Himmler vermengte beide Feindgruppen miteinander, um den Ausführenden der Vernichtungspolitik klarzumachen, wie sie mit Juden verfahren sollten. Am 8. Juli 1941 soll er gegenüber Führungskräften von SS und Ordnungspolizei in Bialystok erklärt haben, dass »grundsätzlich jeder Jude als Partisan anzusehen« sei. Durch diese antisemitische Stoßrichtung erweiterte das NS-Regime den Kampf gegen kommunistische »Banden« zu einem alles entscheidenden »Rassenkrieg« gegen von Juden gelenkte »bolschewistische« Partisanen. An diesem wirkte die deutsche Polizei bis in die Endphase des Krieges mit. Die uniformierte Ord-

Sammlung Sven Deppisch



Polizei im Auslandseinsatz? An der Offizierschule der Ordnungspolizei in Fürstfeldbruck wurde die Polizei auch auf einen »auswärtigen Einsatz« vorbereitet, wie hier Polizeianwärter während einer Gefechtsübung, 1940.



Teil des Vernichtungssystems: Ein Polizist schikaniert einen jüdischen Mann. Er gehörte zum Reserve-Polizeibataillon 101, das sich ebenso wie weitere Polizeieinheiten aktiv an der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung beteiligte.

nungspolizei allein beteiligte sich an der Ermordung von schätzungsweise zwei Dritteln aller jüdischen Opfer. Rund eine Million Menschen wurde von Ordnungspolizisten unmittelbar getötet.

»Bandenbekämpfung« in der Nachkriegszeit

Für die Polizei gab es 1945 keine »Stunde Null«. Eine Vielzahl von Himmlers »Polizeisoldaten« konnte nach Kriegsende ihre Karrieren teils ungebrochen fortsetzen. Mit ihnen gelangten ebenso die alten Einsatztaktiken, Denkweisen und Feindbilder in die Polizeikräfte der Bundesrepublik. Deren Know-how erwies sich im herausziehenden Ost-West-Konflikt durchaus als nützlich. Als im Juni 1950 der Koreakrieg begann, befürchteten sowohl die Regierung der jungen Bundesrepublik als auch die Westalliierten einen ähnlichen Stellvertreterkrieg an der deutsch-deutschen Grenze. Weil Westdeutschland zu diesem Zeitpunkt noch keine eigenen Streitkräfte besaß, hätten neben westalliierten Truppen auch deutsche Polizeieinheiten als die einzigen bewaffneten staatlichen Organe im Konfliktfall ausrücken müssen. Während die Länder Anfang der 1950er-Jahre deshalb jeweils eigene Bereitschaftspolizeien schufen, baute der Bund zugleich den Bundesgrenzschutz (BGS) auf. Um bei einem möglichen Grenzkonflikt mit der DDR das Gebiet

der Bundesrepublik verteidigen zu können, gestaltete sich die Ausbildung dieser Polizeiverbände erneut sehr militärisch, wobei der »Bandenbekämpfung« abermals große Bedeutung zukam.

Einsatztaktisch auf den Kampf gegen »Banden« vorbereitet, sah sich die Polizei aber seit den 1950er-Jahren vor allem mit zivilgesellschaftlichem Protest konfrontiert, den sie häufig rücksichtslos auflöste. Dabei zeigte sich gerade in den 1960er-Jahren, dass sie mit solchen Methoden nicht effektiv gegen die sich damals formierende Studenten- und andere Protestbewegungen vorgehen konnte. Mit ihrem Auftreten scheiterte etwa die Münchner Polizei bei den Schwabinger Krawallen im Juni 1962, als sie vor allem mit Schlagstöcken gegen demonstrierende Studenten vorging. Da in der Bevölkerung der Unmut über ein solches Vorgehen der Gesetzeshüter wuchs, kam es zu einem Umdenken innerhalb der Polizei. Unter reformorientierten Polizeiführern setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Bürger das Recht besaßen, für ihre Anliegen zu demonstrieren, und keinen Aufstand gegen die öffentliche Ordnung probten. Allmählich liberalisierte die Polizei in der Folge ihre Vorgehensweise und begann damit, sich zunehmend als »Bürgerpolizei« zu verstehen. Seither verabschiedete sie sich auch mehr und mehr vom traditionsreichen Feindbild der »Banden«. Dieses erwies sich dennoch

als erstaunlich langlebig. Noch in der Stabsrahmenübung »Roter Hahn« Ende Oktober 1980 in Baden-Württemberg übten BGS und Bereitschaftspolizei den »Kampf gegen terroristische Aktivitäten« wozu etwa »Bandenüberfälle, illegale Reisebewegungen« und »Schießübungen in Wäldern« zählten.

Welche Bedeutung der Bandenbegriff für die Polizei zuweilen besaß, ist heute kaum jemandem mehr geläufig. Über die politischen Systeme hinweg fungierte er als Chiffre für Gegner, die hauptsächlich für vermeintlich verbrecherische Kommunisten angewendet wurde, die bekämpft werden müssten. Erst als Reformer in den Reihen der Polizei erkannten, wie verhängnisvoll sich diese Sichtweise im Umgang mit zivilem Protest erwies, liberalisierte sie ihre Methoden.

Dr. Sven Deppisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Einsatz des ZMSBw.

Literaturtipps

Sven Deppisch, *Täter auf der Schulbank. Die Offiziersausbildung der Ordnungspolizei und der Holocaust*, Baden-Baden 2017.

Wolfgang Curilla, *Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944*, 2., durchges. Aufl., Paderborn 2006.

Bücher



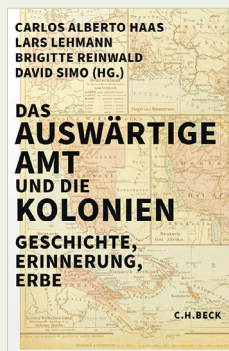
Großer Zar?

War er oder war er nicht – der Flottenbauer, der Modernisierer Russlands, der Militärreformer und Gründer St. Petersburgs, der allein das Fenster zum »Westen« öffnete? Die Rede ist von dem Zaren und Kaiser Peter I. (1672–1725) aus dem Hause Romanow.

Martina Winkler knackt in ihrem Buch zwar so manchen wirkmächtigen Mythos über Peter I. Sie belässt es aber gerade nicht bei der viel zu simpel gestellten Eingangsfrage. Sie erzählt äußerst lesenswert von Peters Umfeld. Sie schildert die komplizierten Verhältnisse am Zarenhof, die Intrigen der Großfamilien, die Zustände im Land und somit die Bedingungen eines frühneuzeitlichen Herrschers. Vieles regte er an, vieles wurde unter ihm erneuert. Aber er folgte letztlich Mustern, die es in ganz Europa gab, griff Innovationen seiner Vorgänger auf und versuchte, sie fortzuführen sowie zu verändern. Aber er tat es sicher nicht allein und die große Zäsur war seine Herrschaft nicht.

Harald Potempa

Martina Winkler, Peter I. Zar und Kaiser. Eine Biografie, Köln 2024. ISBN 978-3-412-53034-1; 545 S., 49,00 Euro



Koloniales Erbe

Lange wurde die deutsche Kolonialvergangenheit in der öffentlichen Debatte beschönigt. Einerseits sei sie wenig bedeutsam gewesen und andererseits hätten die Untertanen des Kaisers in den Kolonien ein sehr gutes Leben gehabt. Beides stimmt nicht und Deutschland und seine Institutionen tragen Verantwortung gegenüber den Staaten, die einst deutsche Kolonien waren. Das Auswärtige Amt (AA) war und ist eine dieser Institutionen. Den Beginn der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit des Amtes unternimmt der vorliegende Band. Zahlreiche Autorinnen und Autoren, auch aus den Ländern, auf deren Gebiet das Deutsche Reich Kolonien besaß, widmen sich der Rolle des AA im Hochimperialismus. Es geht dabei keineswegs um ein »Blame Game«, sondern darum, miteinander Geschichte auf Augenhöhe zu schreiben, ohne frühere Ungleichheiten zu wiederholen.

Martin H. Schulz

Das Auswärtige Amt und die Kolonien. Geschichte, Erinnerung, Erbe. Herausgegeben von Carlos Alberto Haas u.a., München 2024, ISBN 978-3-406-80713-8, 592 S., 36,00 Euro



Kurz, knapp, politisch

Aus der Feder des Potsdamer Militärhistorikers Sönke Neitzel ist in der Reihe C.H. Beck Wissen eine kompakte Geschichte der Bundeswehr erschienen. Das Buch hat es mit Anhieb auf die Spiegel-Bestsellerliste geschafft. Es basiert auf Neitzels Studie »Deutsche Krieger« und schlägt auf 128 Seiten einen Bogen von der Gründung der Bundeswehr 1955 über die Out-of-Area-Einsätze bis zur viel beschworenen Zeitenwende.

Der gern Widerspruch provozierende Autor nimmt kein Blatt vor den Mund. Traditionsfragen diskutiert er ebenso wie die »Mission Impossible« Afghanistan. Seine Kritik an der mangelnden Reformfähigkeit der deutschen Streitkräfte richtet er an Politik, Gesellschaft und Bundeswehr gleichermaßen.

Neitzels Geschichte der Bundeswehr ist eine politische, die sich passend zum 70. Geburtstag der Streitkräfte in aktuelle Debatten um »Kriegstüchtigkeit« und »Verteidigungsfähigkeit« einmischt.

Esther Geiger

Sönke Neitzel, Die Bundeswehr. Von der Wiederbewaffnung bis zur Zeitenwende, München 2025. ISBN 978-3-406-83051-8, 128 S., 12,00 Euro



Berlin und Moskau

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine 2022 wird darüber diskutiert, was in der deutschen Ostpolitik der vergangenen Dekaden falsch gelaufen sei. Zur Beantwortung dieser Frage hilft die Lektüre von Bastian Matteo Sciannas Buch über die deutsche Russlandpolitik seit 1990. Auf Basis der bisher zugänglichen Quellen trägt er die großen Entwicklungslinien des deutsch-russischen Verhältnisses zusammen und stellt sie verständlich dar. In vier Teilen beschreibt Scianna hierfür die jeweiligen Leitlinien der Russlandpolitik der Regierungen Helmut Kohls, Gerhard Schröders, Angela Merkels und Olaf Scholz'. Themen wie die persönlichen Beziehungen der Staatsschefs, die NATO-Osterweiterung, die Reaktionen auf die russischen Kriege und am Ende vor allem die Energiepolitik im Rahmen von Nord Stream II werden dabei differenziert und gewinnbringend ausgeleuchtet.

Christian Jentzsch

Bastian Matteo Scianna, Sonderzug nach Moskau. Geschichte der deutschen Russlandpolitik seit 1990, München 2024, ISBN 978-3-406-82210-0, 719 S., 34,00 Euro

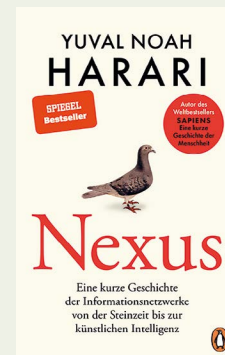


Krieg verstehen

Franz-Stefan Gady hat mit seiner Expertise als militärischer Analyst die Diskussionen um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wiederholt bereichert. Sein Buch »Die Rückkehr des Krieges« stellt nun einen wichtigen Beitrag zu den Debatten um die »Zeitenwende« dar. Es bietet allen Lesenden einen grundlegenden Einblick in Kriege: ihre verschiedenen Ursachen und Auslöser, sowohl ihre konstanten als auch ihre wechselnden Charakteristika und deren mögliche zukünftige Versionen. Spannend an Gadys Ausführungen ist dabei der gekonnt gespannte Bogen von militärgeschichtlichen Begebenheiten bis hin zu aktuellen Entwicklungen. Zudem führt Gady in ganz zentrale Kategorien und Funktionslogiken des Militärs ein und erklärt etwa, was eine Doktrin ist, was die strategische von der taktischen Ebene unterscheidet oder inwiefern die Militärlogistik eine zentrale Rolle im Krieg spielt. Wer Krieg und Militär besser verstehen will, kann auf die Lektüre nicht verzichten.

Cornelia Juliane Grosse

Franz-Stefan Gady, Die Rückkehr des Krieges. Warum wir wieder lernen müssen, mit Krieg umzugehen, Köln 2024. ISBN 978-3-86995-142-3, 366 S., 24,00 Euro



KI, Information und Wahrheit

In seinem 2024 veröffentlichten Sachbuch »Nexus« behandelt Yuval Noah Harari die Beziehungen zwischen Information und Wahrheit in menschlichen Kommunikationsnetzen. Die erste wichtige Botschaft ist, dass Information und Wahrheit nicht dasselbe sind. Historische Beispiele bezeugen die Wirkmächtigkeit von Informationsnetzwerken auf Basis von Unwahrheiten. Der Autor kann etwa zeigen, wie ein Facebook-Algorithmus zu einer ethnischen Säuberung in Myanmar geführt hat. Abschließend geht Harari der Frage nach, welche gefährlichen Auswirkungen das ungeheure Potential künstlicher Intelligenz in Informationsnetzen in Zukunft haben könnte. Dies und noch sehr viel mehr erklärt Harari wohlstrukturiert und in verständlicher Sprache. »Nexus« ist eine Leseempfehlung für jeden Menschen, der sich für die Vergangenheit interessiert und dem die Zukunft nicht egal ist.

Martin H. Schulz

Yuval Noah Harari, Nexus. Eine kurze Geschichte der Informationsnetzwerke von der Steinzeit bis zur künstlichen Intelligenz, München 2024, ISBN 978-3-328-60375-7, 656 S., 28 Euro

Medien

**Unabhängig.
Überparteilich.
Demokratisch.**



Zahlreiche Deutsche sind als Schülerinnen und Schüler mit den schwarzen Heften »Informationen zur politischen Bildung« aufgewachsen, lesen die Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte« (APuZ) der Wochenzeitschrift »Das Parlament« oder haben den Newsletter »Sicherheitspolitische Presseschau« abonniert. Den Wahl-O-Mat nutzen Jung und Alt vor Bundestags-, Landtags- oder Europawahlen.

Seit über 70 Jahren engagieren sich die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und die Landeszentralen (lpb) der Bundesländer unabhängig und überparteilich im Bereich der politischen Bildung und Kultur. Sie liefern Hintergrundinformationen und Analysen. Im Wissen um diktatorische Herrschaftsformen in der deutschen Geschichte fördern sie demokratisches Bewusstsein, die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen sowie historischen Themen und politisches Engagement.

<https://www.bpb.de/>

Ein Blick auf die Homepages der bpb und lpb lohnt immer: Die Vielzahl der Angebote, die die Institutionen auf ihren Websites, über Social Media, an ihren Standorten oder in Kooperationen mit anderen Bildungseinrichtungen bereitstellen, reicht von Veranstaltungen über Print- und Online-Publikationen, didaktisch aufbereiteten Inhalten bis zu audiovisuellen Medien wie Podcasts und Filmclips. Seit 2006 existiert auf Initiative der bpb das Netzwerk »Politische Bildung in der Bundeswehr« – ein Zusammenschluss zahlreicher Einrichtungen der politischen Erwachsenenbil-

dung, um Veranstaltungen und Fortbildungen für die Bundeswehr zu bündeln.

Geschichtsdidaktische Zeitschriften

Auf dem deutschsprachigen Markt gibt es eine Vielzahl fachdidaktischer Zeitschriften, die über aktuelle Trends im Fach Geschichte informieren, Anregungen für Unterrichtseinheiten liefern und für die historisch-politische Bildung in der Bundeswehr interessant sind. Wir stellen Ihnen drei vor, die alle sechsmal im Jahr erscheinen.

Die Zeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* (GWU) informiert über aktuelle Themen und Tendenzen in Fachdidaktik und Fachwissenschaft. Lesende erhalten Hintergrundinformationen und Anregungen zum Gestalten des eigenen Unterrichts. Literaturberichte informieren über Neuerscheinungen. Viele Hefte behandeln Themen mit Relevanz für die historisch-politische Bildung in den Streitkräften, zum Beispiel Heft 3/4 2023 »Geschichte in digitalen Spielen« oder Heft 3/4 2024 »Erinnerungskonflikte in Osteuropa«.

<https://www.friedrich-verlag.de/friedrich-plus/sekundarstufe/geschichte/geschichte-in-wissenschaft-und-unterricht/>

Geschichte lernen ist eine auf die Unterrichtspraxis ausgerichtete Fachzeitschrift. Jede Ausgabe beleuchtet in einem Basisartikel die Hintergründe eines ausgewählten Schwerpunktthemas. Der Praxisteil enthält Unterrichtsmodelle. Je nach Gegenstand haben die Hefte einen epochalen, methodischen oder gattungsspezifischen Schwerpunkt (Quellen und Darstellungen), zum Beispiel »Die Revolution(en) von 1848/49« (Ausgabe 221/2024), »Geschichte lesen lernen« (Ausgabe 222/2024) oder »Kari-

katuren im Geschichtsunterricht« (Ausgabe 204/2021). *Geschichte lernen* eignet sich besonders für die individuelle Weiterbildung von Ausbildern der politischen Bildung in der Bundeswehr.

<https://www.friedrich-verlag.de/shop/sekundarstufe/geschichte/fachzeitschriften/geschichte-lernen>

Praxis Geschichte ersch-

Themenheft. Kern des Angebots sind praxiserprobte Unterrichtseinheiten mit fachdidaktischen Anregungen, Basistexten und abgestimmten Quellenmaterialien. *Praxis Geschichte* richtet sich an Lehrende, Studierende und historisch Interessierte. Aufgrund der sorgsam ausgewählten Materialien und Methodenvielfalt sind die Hefte ein Ideenschatz. Viele Angebote eignen sich für die Erwachsenenbildung und Weiterbildung in der Bundeswehr.

Ausgabe 6/2024 erschien zu »Menschen im Zweiten Weltkrieg« (Stichworte: Volksgemeinschaft, militärische Gewalt, Hitler-Mythos, Bombenkrieg, Feldpostbriefe, Kriegsgefangenschaft). Geplante Themenhefte 2025 beschäftigen sich unter anderem mit digitaler Erinnerungskultur, der NATO und dem Warschauer Pakt sowie dem Ersten Weltkrieg.

<https://www.westermann.de/produktfamilie/PGS/Praxis-Geschichte>



Esther Geiger

Ausstellungen

BAD NEUENAH- AHRWEILER

Dokumentationsstätte Regierungsbunker

Am Silberberg o
53474 Bad Neuenahr-
Ahrweiler
Tel.: 0 26 41 / 91 17 053
www.regbu.de
Dauerausstellung
Täglich
10.00 bis 16.30 Uhr
Eintritt: 15,00 Euro
Ermäßigt: 10,00 Euro
Bis 8 Jahre frei

BERLIN

Gewalt ausstellen: Erste Ausstellungen zur NS- Besatzung in Europa, 1945–1948

Deutsches Historisches
Museum
Unter den Linden 2
10117 Berlin
Tel: 0 30 / 20 30 47 50
www.dhm.de
Bis 23.11.2025
Sonderausstellung
Täglich
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 7,00 Euro
Ermäßigt: 3,50 Euro
Bis 18 Jahre frei

**Vamos a la playa
Ferien unter Franco**
Museum Europäischer
Kulturen
Arnimallee 25
14195 Berlin
Tel.: 0 30 / 26 64 24 24 2
www.smb.museum

Sonderausstellung
Bis 7. Dezember 2025
Mittwoch bis Freitag
10.00 bis 17.00 Uhr
Samstag und Sonntag
11.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 10,00 Euro
Ermäßigt: 5,00 Euro

HAMBURG

**Medizinhistorisches
Museum am UKE**
Universitätsklinikum
Hamburg-Eppendorf
Fritz-Schumacher-Haus
(Haus N30.b)
Martinistraße 52
20246 Hamburg
Tel.: 0 40 / 74 10 57 172
www.uke.de
Dauerausstellung
Mittwoch, Samstag und
Sonntag
13.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 6,00 Euro
Ermäßigt: 4,00 Euro
Bis 16 Jahre frei

INGOLSTADT

Bayerisches Polizeimuseum
im Bayerischen Armee-
museum
Paradeplatz 4
85049 Ingolstadt
Tel.: 0 841 / 93 77 0
www.armeemuseum.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Freitag
09.00 bis 17.30 Uhr
Samstag und Sonntag
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 4,00 Euro
Ermäßigt: 3,50 Euro

KÖLN

**Deutsches Sport- &
Olympiamuseum**
Im Zollhafen 1
50678 Köln
Tel.: 02 21 / 33 60 90
www.sportmuseum.de
Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 10,50 Euro
Ermäßigt: 7,50 Euro
Bis 6 Jahre frei

»I MISS YOU«
Rautenstrauch-Joest-
Museum |
Kulturen der Welt
Cäcilienstraße 29–33
50667 Köln
Tel.: 02 21 / 22 13 13 56
www.museenkoeln.de/
rautenstrauch-joest-museum
Sonderausstellung
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Donnerstag
10.00 bis 20.00 Uhr
Eintritt: 7,00 Euro
Ermäßigt: 4,50 Euro

MÜNCHEN

**Südwestasien und
Nordafrika. Leben
zwischen Atlas und Indus**
Museum Fünf Kontinente
Maximilianstraße 42
80538 München
Tel.: 0 89 / 21 01 36 100
www.museum-fuenf-
kontinente.de

Dauerausstellung
Dienstag bis Sonntag
09.30 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
Ermäßigt: 4,00 Euro
Eintritt unter 18 Jahren frei

REGENSBURG

**Ludwig I. – Bayerns
größter König?**
Haus der Bayerischen Ge-
schichte
Donaumarkt 1
93047 Regensburg
Tel.: 09 41 / 59 85 10
www.hdbg.de
Sonderausstellung
Bis 9. November 2025
Dienstag bis Sonntag
09.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 10,00 Euro
Ermäßigt: 8,00 Euro
Eintritt unter 18 Jahren frei

WEIMAR

**Haus der Weimarer
Republik**
Theaterplatz 4
99423 Weimar
Tel.: 03 64 3 / 77 92 800
www.hdwr.de
Dauerausstellung
Täglich 09.00 bis 19.00 Uhr
Eintritt: 6,00 Euro
Ermäßigt: 4,00 Euro
Eintritt unter 14 Jahren frei

Der besondere Tipp

Ben dient Deutschland



Tom Fiedler, *Ben dient Deutschland*. Hrsg. vom Zentrum Innere Führung, Koblenz 2024

Die Bundeswehr gibt es nicht. Ganz im Gegenteil: Die Bundeswehr ist so bunt und vielfältig wie die deutsche Gesellschaft. Das zeigt Tom Fiedler treffend in seinem Sachcomic »Ben dient Deutschland«, in dem sich alles um die Frage dreht: Warum soll ein junger Mensch heute zur Bundeswehr gehen?

Erzählt wird die Geschichte von Ben Schneider, vielmehr: Ben erzählt sie selbst. Die Graphic Novel beginnt mit einem Parforceritt durch seine Familiengeschichte. Das gelingt auf nur vier Seiten außergewöhnlich gut: vom Ur-opa im Zweiten Weltkrieg, der Nach-

kriegsnot, dem Kalten Krieg, der DDR bis hin zum Zivildienst leistenden Vater im geeinten Deutschland.

Bens Geschichte setzt im Spätsommer 2014 irgendwo in Berlin ein: Ben möchte zur Bundeswehr. Angesichts des zu erwartenden Zoffs mit seiner friedensbewegten Schwester verdünnt er sich mit seinem Freund in eine Kneipe. Hier erfahren sie aus den Nachrichten, dass prorussische Separatisten den Flughafen der ukrainischen Stadt Donezk beschießen. Ein Gast möchte am liebsten direkt die Bundeswehr dorthin schicken. Doch so einfach ist das nicht. Geschickt flicht der Autor Hintergrundinformationen zum russischen Gewalthandeln in der Ukraine und zur Regelung von Einsätzen der Bundeswehr ein. Ähnlich elegant verfährt er an anderen Stellen zu Themen wie humanitäres Völkerrecht oder moralische Konflikte des Einzelnen im Krieg.

Drei Wochen später tritt Ben seinen Dienst im Luftwaffenausbildungsbattalion an und schnell merkt er: Soldatsein ist nicht einfach. Die Politik streitet über die angemessene Reaktion auf die russische Aggression, die Grundausbildung fordert ihn und er muss sich mit Fragen des Gehorsams, der Kameradschaft oder Motivation zum Kämpfen auseinandersetzen. Ganz schön viel für einen 19-Jährigen. Aber Ben reift heran und findet zu einer eigenen Haltung.

Das Sachcomic von Tom Fiedler ist eine gelungene Kombination aus Text und Bild. Es ist informativ und bei aller Ernsthaftigkeit humorvoll gezeichnet und erzählt. Ein Lesevergnügen, das einlädt, mit anderen über den Dienst bei der Bundeswehr ins Gespräch zu kommen. Eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage muss freilich jeder für sich selbst finden.

Michael Thomae



Impressum

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durch Oberst Dr. Frank Hagemann und Oberst Dr. Martin Hofbauer (V.i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Cornelia Juliane Grosse M.A.

Chef vom Dienst:
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.

Redaktion:
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentsch
Major Martin Schulz M.A.
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann
Major Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Redaktionsassistent: Christine Mauersberger
Lektorat: Björn Mielbrandt
Karten: Daniela Heinicke, Bernd Nogli,
Frank Schemmerling
Ausstellungen: Daniel Schilling M.A., RefMuS
Layout: Carola Klinker

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBW
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBWRedaktionMil.Geschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zms.bundeswehr.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 16,50 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Beginn eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBW
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
E-Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2025 für alle Beiträge beim ZMSBW

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

»Vor Ort. Im Einsatz« Regionale Ausstellung ABC-Abwehrbataillon 7

General-Weber-Kaserne Höxter

Bundeswehr / Jan Rasinski



Die Abwehr atomarer, biologischer und chemischer Bedrohungen ist eine Spezialfähigkeit der Soldatinnen und Soldaten in Höxter. Die interaktive Ausstellung veranschaulicht nun, was tagtäglich hinter den Kasernentoren und in den Einsatzgebieten geleistet wird. Gäste können unter dem Motto »Rückblicke. Einblicke. Ausblicke« die Geschichte der Garnisonstadt Höxter mit ihrer langen militärischen Tradition sowie die besondere Verbundenheit zwischen Bevölkerung und Bundeswehr hautnah miterleben. Bilder, Videos und besondere Objekte illustrieren im Zusammenspiel mit Großgeräten und digitalen Medien die Themenschwerpunkt ABC-Abwehr, Pionierwesen und auch die Garnisonsgeschichte.

Bundeswehr / Jan Rasinski



Bundeswehr / Jan Rasinski

Bundeswehr / Jan Rasinski



General-Weber-Kaserne
Brenkhäuser Straße 28
37671 Höxter



Regionalausstellung ABCAbwBtl7@bundeswehr.org

Publikationen des ZMSBw



Harald Fritz Potempa

Der Luftkrieg über Europa 1939–1945

Reclam



Harald Fritz Potempa

Der Luftkrieg über Europa 1939–1945

Stuttgart: Reclam 2025

(= Kriege der Moderne),

160 Seiten, 18,00 Euro,

ISBN 978-3-15-011528-2;

E-Book im EPUB-Format,

16,99 Euro, ISBN 978-3-15-962410-5

Jörg Hillmann

Die Schlacht im Atlantik 1939–1945

Reclam



Jörg Hillmann

Die Schlacht im Atlantik 1939–1945

Stuttgart: Reclam 2024

(= Kriege der Moderne),

160 Seiten, 18,00 Euro,

ISBN 978-3-15-011460-5;

E-Book im EPUB-Format,

16,99 Euro, ISBN 978-3-15-962346-7

Dieter H. Kollmer

Neue Schnellboote braucht die Marine!

Rüstungsgüterbeschaffung in den beiden deutschen Staaten
während der zweiten Hälfte des Kalten Krieges



Dieter H. Kollmer

Neue Schnellboote braucht die Marine!

Rüstungsgüterbeschaffung in den beiden deutschen

Staaten während der zweiten Hälfte des Kalten Krieges

Berlin: Ch. Links Verlag 2024

(= Deutsch-deutsche Militärgeschichte, 6),

328 Seiten, 40,00 Euro,

ISBN: 978-3-96289-205-0